

Schlussbericht für das Verbundprojekt

**Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN):  
National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als  
gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen  
Transformation**

Pilotstudie in Folge des Agendaprozesses zur Sozial-Ökologischen Forschung (SÖF) 2018

**Förderkennzeichen:** 01UV2071 A+B

**Laufzeit:** 01.06.2020 – 31.07.2021

**Berichtszeitraum:** 01.06.2020 – 31.07.2021

**Zuwendungsempfänger/Durchführende Organisation:**

**PD Dr. Bernd Sommer (Verbundkoordination)**

Norbert Elias Center for Transformation Design & Research (NEC)

Europa-Universität Flensburg

Auf dem Campus 1

24943 Flensburg

Tel.: 0461/805-2239

E-Mail: bernd.sommer@uni-flensburg.de

**Dr. Miriam Schad**

Fakultät 17: Sozialwissenschaften

Technische Universität Dortmund

Emil-Figge-Str. 50

44227 Dortmund

Telefon: 0231.755.7132

E-Mail: Miriam.Schad@tu-dortmund.de

Schlussbericht gemäß Anlage 2 zu Nr. 3.2 BNBest-BMBF 98.

Das diesem Bericht zugrundeliegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UV2071 A+B gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor\*innenteam.

Autor\*innen: Franziska Humpert, Philipp Kadelke, Christian Möstl, Miriam Schad und Bernd Sommer

Zitiervorschlag:

Humpert, Franziska; Kadelke, Philipp; Möstl, Christian; Schad, Miriam; Sommer, Bernd (2022): Schlussbericht für das Verbundprojekt Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN): National-  
autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche  
Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation. Dortmund/Flensburg.

## Inhalt

I. Kurzdarstellung .....	5
1. Aufgabenstellung .....	5
2. Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde .....	5
3. Planung und Ablauf des Forschungsvorhabens .....	6
Die Pilotstudie PONN untergliederte sich in drei Arbeitspakete: .....	6
Arbeitspaket 1: Literaturstudie .....	6
Arbeitspaket 2: Sekundärdatenanalyse .....	6
Arbeitspaket 3: Aufbereitung der Ergebnisse für politische Entscheidungsträger*innen und interessierte Öffentlichkeit .....	7
4. Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde .....	7
5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen .....	8
II. Eingehende Darstellung .....	8
1. Verwendung der Zuwendung und Ergebnisse im Einzelnen .....	8
Arbeitspaket 1: Literaturstudie .....	8
Arbeitspaket 2: Sekundärdatenanalyse .....	31
Arbeitspaket 3: Aufbereitung der Ergebnisse für politische Entscheidungsträger und die interessierte Öffentlichkeit .....	48
2. Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises .....	48
3. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit .....	49
4. Voraussichtlicher Nutzen, insbesondere Verwertbarkeit des Ergebnisses im Sinne des Verwertungsplans .....	49
5. Während der Durchführung des Vorhabens bekannt gewordener Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen .....	50
6. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse .....	51
Bereits erfolgte wissenschaftliche Veröffentlichungen .....	51
Vorstellung der Ergebnisse auf eigenen Veranstaltungen .....	51

Beiträge bei Konferenzen, Workshops, Kolloquien, etc.....	51
Presseveröffentlichungen auf Grundlage von Projekt-Inputs.....	52
Mit dem Projekt verbundene Qualifizierungsarbeiten .....	53
Austausch und Kooperation, Transfer von Forschungsergebnissen, Öffentlichkeitskommunikation .....	53
Geplante Veröffentlichungen .....	54
Literaturverzeichnis .....	55
Verzeichnis der Anlagen .....	61
III. Berichtsblatt (Kurzfassung dt.) .....	62
IV. Document Control Sheet (Kurzfassung engl.) .....	64

## **I. Kurzdarstellung**

### **1. Aufgabenstellung**

Vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozial-ökologischer Krisen und Konflikte – wie der Klimakrise und dem drastisch voranschreitenden Verlust an Biodiversität – wird die Umsetzung nachhaltiger Politiken seitens weiter Teile der Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit gefordert. Dies betrifft u.a. die Etablierung nachhaltiger Mobilitätssysteme, Veränderungen im Agrar- und Wohnungssektor sowie die Transformation des Energiesystems. Die Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation sind aber abhängig von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die weit über ihr jeweiliges Themenfeld hinausreichen und dabei Erfolgchancen der politischen Verabschiedung und praktischen Umsetzung bestimmen. Im Rahmen des als Pilotstudie konzipierten Forschungsvorhabens „Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit“ (PONN) standen dabei zwei Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit im Fokus, zwischen denen ein Zusammenhang zu bestehen scheint: Das Erstarken national-autoritärer populistischer Kräfte sowie die Herausbildung neuer sozialer Disparitäten. Die Pilotstudie beleuchtete die Implikationen und Folgen dieser Entwicklungen für eine Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit.

### **2. Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde**

Das Projekt wurde aufgrund der Einstellungsverfahren für die Mitarbeiter\*innenstellen, anders als im Bewilligungsschreiben ausgewiesen, erst zum 01.06.2020 begonnen. Insofern ist es zu einer zeitlichen Verzögerung der Arbeit im Vergleich zum Antrag gekommen. Alle Meilensteine wurden entsprechend verschoben.

Darüber hinaus beeinträchtigten die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID19-Pandemie während des gesamten Projektzeitraums die Arbeitsabläufe von PONN. So waren seit Projektbeginn physische Projekttreffen nicht möglich, was mit Effizienzverlusten in der Zusammenarbeit einherging. Es fand lediglich ein Projekttreffen am Standort Flensburg statt, auf dem die Zwischenergebnisse diskutiert werden konnten. Darüber hinaus kam es insbesondere in Arbeitspaket 3 des Projektes (Aufbereitung der Ergebnisse für politische Entscheidungsträger\*innen und die interessierte Öffentlichkeit) zu Pandemie-bedingten Verzögerungen: Aufgrund der COVID-19-Pandemie hat sich das Projektteam entschlossen, anstatt der beantragten Abschlusskonferenz einen Podcast zu produzieren, der die Ergebnisse

des Projektes einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Die Umsetzung eines digitalen Ersatzformats zur Abschlusskonferenz („Podcast“) gestaltete sich als sehr zeitaufwendig. Da entsprechende Anbieter\*innen für digitale Formate in der aktuellen Situation stark nachgefragt werden, hat das Projektteam einen zeitlich großen Aufwand betreiben müssen, um eine entsprechende Agentur zu finden und Vergleichsangebote einzuholen. Die meisten angefragten Anbieter\*innen haben mit Verweis auf ihre ausgelasteten Kapazitäten abgesagt. Zwar konnte schließlich ein geeigneter Dienstleister gefunden werden, die eigentliche Arbeit an dem Podcast begann zeitlich jedoch verzögert. Ähnlich stellte sich die Situation bei Graphiker\*innen dar, welche die in AP3 geplante Broschüre layouten sollen. Auch hier mussten wir uns bei der identifizierten Auftragnehmerin in eine längere Reihe von Aufträgen einreihen, die zeitlich vor unserem Auftrag bearbeitet wurden. Aufgrund der hier geschilderten Verzögerungen im Projektablauf haben die Projektpartner\*innen beantragt, das Projekt um insgesamt vier Monate gegenüber der ursprünglich geplanten Projektlaufzeit kostenneutral zu verlängern. Den jeweiligen Anträgen hierzu wurde stattgegeben, sodass das Projekt zum 31.7.2021 endete.

### 3. Planung und Ablauf des Forschungsvorhabens

Die Pilotstudie PONN untergliederte sich in drei Arbeitspakete:

#### Arbeitspaket 1: Literaturstudie

Arbeitspaket 1 wurde federführend vom Norbert Elias Center (NEC) an der EUF durchgeführt. Zielstellung war eine systematische Auswertung der einschlägigen und aktuellen, überwiegend deutschsprachigen, Fachliteratur zum national-autoritären Populismus in Zusammenhang mit Politiken der (Nicht-)Nachhaltigkeit, sprich, Themen wie Klimawandel, Klima- und Umweltschutz. Besondere Berücksichtigung fand dabei die Verschränkung der verschiedenen Phänomenbereiche national-autoritärer Populismus, neue soziale Disparitäten und Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit. Neben einer vergleichenden Analyse von unterschiedlichen Forschungsperspektiven und -ergebnissen, sind zentrale Desiderata in diesem relativ jungen Untersuchungsfeld identifizieren worden, um weiterführende Forschungsbedarfe zu ermitteln.

#### Arbeitspaket 2: Sekundärdatenanalyse

Arbeitspaket 2 wurde federführend an der Fakultät Sozialwissenschaften an der TU Dortmund durchgeführt. Auf Basis von Repräsentativdaten ist untersucht worden, ob sich zwischen Klimaschutz- und Umwelteinstellungen auf der einen Seite und nationalistisch-populistischen

Orientierungen auf der anderen Seite Zusammenhangsmuster erkennen lassen. Darüber hinaus wurde geprüft, in welcher Beziehung soziale Lagemerkmale und Haltungen zu sozialer Ungleichheit zum vermuteten Konnex stehen. Dafür sind drei Sekundärdatensätze (ESS, GESIS-Panel und SOEP) ausgewertet worden.

### Arbeitspaket 3: Aufbereitung der Ergebnisse für politische Entscheidungsträger\*innen und interessierte Öffentlichkeit

Arbeitspaket 3 wurde schwerpunktmäßig durch das NEC in Kooperation mit der Fakultät Sozialwissenschaften an der TU Dortmund bearbeitet. Anspruch des Projektes PONN war es, nicht nur den wissenschaftlichen Diskurs zum beschriebenen Phänomenkomplex zu bereichern, sondern ihn auch in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen. Daher wurden die Ergebnisse der Pilotstudie in einer separaten Publikation gebündelt – mit dem Anspruch, die Inhalte auch für eine nicht-wissenschaftliche bzw. allgemeine Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zudem wurden Vorschläge diskutiert, wie mit dem Konnex von national-autoritärem Populismus und Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit gesellschaftlich und politisch umgegangen werden kann. Auf Grundlage der Projektergebnisse wurde weiterhin ein dreiteiliger Podcast produziert, welcher die Projektergebnisse für ein interessiertes Fachpublikum aufbereitet.

#### 4. Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde

Der Zusammenhang von (Rechts-)Populismus und Klimawandel bzw. (Rechts-)Populismus und Klimaschutz sowie Umweltschutzpolitik ist ein relativ neues Forschungsfeld. Bis vor kurzem spielten in der Forschung zum Populismus und zu rechter Politik Umwelt- und Klimathemen so gut wie keine Rolle (Malm und Zetkin Collective 2021, S. IX f.). Umgekehrt war der erstarkende Rechtspopulismus bislang auch kaum Gegenstand der interdisziplinären Transformations- und Nachhaltigkeitsforschung. In diesem Sinne kann in Bezug auf den Rechtspopulismus-Nachhaltigkeits-Nexus von einem „doppelten Desiderat“ gesprochen werden (Sommer et al. 2021). Dies war auch der Ausgangspunkt der Studie PONN und der Grund dafür, dass der Fokus der Projektarbeiten auf diesem Themenblock lag. Im Projektverlauf zeigt sich, dass es sich um ein sehr dynamisches Forschungsfeld handelt, sprich, aktuell viele neue Studien hierzu veröffentlicht werden. Der Zusammenhang zwischen (neuen) sozialen Disparitäten und Politiken der Nachhaltigkeit ist dagegen schon sehr viel länger Gegenstand der empirischen Forschung. Entsprechend stellten die Arbeiten zu diesem Themenblock weniger Pionierarbeit

dar und waren weniger Gegenstand der eigenen Veröffentlichungen im Rahmen des PONN-Projektes.

## 5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen

Zur Validierung der Projektergebnisse fand am 30. März 2021 ein digitaler Expert\*innen-Workshop statt (siehe Anlage 5). Zur Diskussion der vorläufigen Ergebnisse nahmen die folgenden Expert\*innen an dem Workshop teil (alphabetisch nach Nachnamen aufgeführt):

- Dennis Eversberg (Universität Jena)
- Beate Küpper (Hochschule Niederrhein)
- Christiane Lübke (Universität Duisburg-Essen)
- Fritz A. Reusswig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung)
- Axel Salheiser (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena)

Im Zusammenhang mit der Produktion der Borschüre wurde mit verschiedenen externen Dienstleistern zusammengearbeitet: Sarah Heuzeroth (<https://www.sarah-heuzeroth.de/>) für die Illustration und das Layout der Borschüre, Josefa Kny für das Lektorat des Textes ([https://www.tu-berlin.de/ztg/menue/team/mitarbeiterinnen/kny\\_josefa\\_dr/](https://www.tu-berlin.de/ztg/menue/team/mitarbeiterinnen/kny_josefa_dr/)) und die UmweltDruckerei ([https://www.dieumweltdruckerei.de/?gclid=EAlaIqobChMI\\_6K-0fzW9AIVied3Ch0yVQSoEAAAYASAAEgIMefD\\_BwE](https://www.dieumweltdruckerei.de/?gclid=EAlaIqobChMI_6K-0fzW9AIVied3Ch0yVQSoEAAAYASAAEgIMefD_BwE)) für den Druck der Broschüre.

Die Produktion des Podcasts ist maßgeblich durch die Agentur Sartorius Visuelle Medien (<https://visuelle-medien-sartorius.de/>) erfolgt.

## II. Eingehende Darstellung

### 1. Verwendung der Zuwendung und Ergebnisse im Einzelnen

#### Arbeitspaket 1: Literaturstudie

##### Themenblock A: Erstarben national-autoritärer populistischer Bewegungen und Parteien

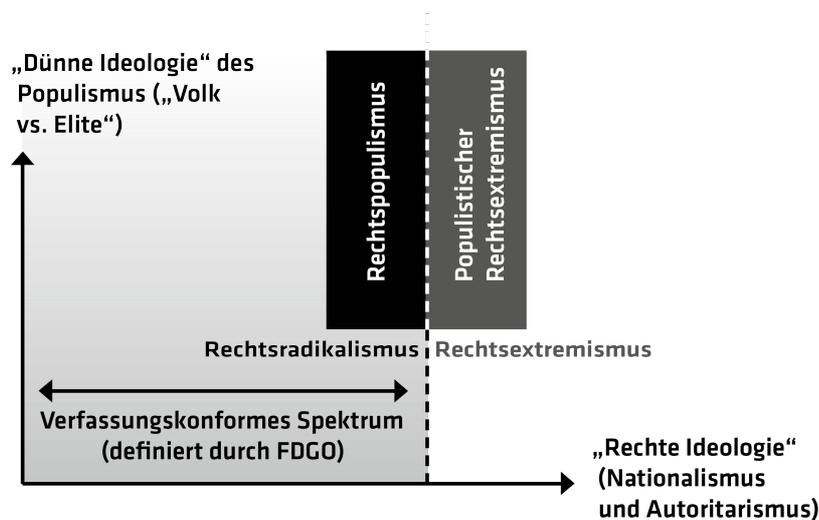
Die Ergebnisse des PONN-Projektes sind an verschiedenen Orten bereits veröffentlicht worden (siehe Humpert et al. 2021 sowie Sommer et al. 2021) bzw. werden im Frühjahr 2022 umfassend in der Monographie *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen,*

*Erklärungsansätze* im Münchener oekom-Verlag veröffentlicht (Sommer et al. im Erscheinen). Diese Publikationen bzw. das Buchmanuskript sind im Anhang des Schlussberichts enthalten. Daher sollen an dieser Stelle die Ergebnisse nur skizziert werden und ansonsten auf die jeweilige ausführliche Darstellung in den Publikationen verwiesen werden.

#### *(Rechts-)Populismus: Gegenstand und Erklärungen*

Für die Begriffe „Populismus“, „Rechtspopulismus“ und verwandten Konstruktionen (wie „autoritärer Populismus“) existieren in der Fachliteratur verschiedene Definitionen. Daher war zu Beginn des Projektes PONN Begriffsarbeit erforderlich, um den Gegenstand der Untersuchungen einzugrenzen und so operationalisierbar zu machen. In der internationalen Populismusforschung dominiert das Populismusverständnis von Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser, die Populismus „als dünne Ideologie definieren, nach der die Gesellschaft letztlich in zwei homogene, antagonistische Lager gespalten ist ‚das anständige Volk‘ und ‚die korrupte Elite‘ und Politik ein Ausdruck der *volonté générale* (Gemeinwillen) des Volkes sein sollte“ (Mudde, Rovira Kaltwasser 2020, S. 25). Als ‚dünn‘ wird die Ideologie hierbei insofern verstanden, da sie nicht die inhaltliche Unterfütterung und Konsistenz aufweist, wie eine ‚dicke Ideologie‘, die Vorstellungen in Bezug auf die Welt (und wie sie sein soll) umfasst. Daher ist Populismus anschlussfähig an andere ideologische Konzeptionen, die sich in das politische Links-Rechts-Schema einordnen lassen. Im Sinne der Definition von Mudde und Rovira Kaltwasser lässt sich somit ein spezifischer Rechtspopulismus von anderen Populismen abgrenzen. Mudde verwendet in seinen Analysen der Parteienlandschaft den Begriff der populistisch radikal Rechten für jene Parteien, welche im ideologischen Kern (mindestens) Nativismus, Autoritarismus und Populismus miteinander verbinden. In der deutschen Parteienlandschaft lassen sich diese Charakteristika des Rechtspopulismus, laut der Autoren, bei der Alternative für Deutschland (AfD) finden (ebd., S. 13 f.).

Diese Definition von Mudde und Rovira Kaltwasser zeichnet sich dadurch aus, dass sich das Konzept vergleichsweise gut für die empirische Forschung operationalisieren lässt, was insbesondere auch für Arbeitspaket 2 der PONN-Studie von Relevanz war. Schematisch ist dieses Verständnis des Rechtspopulismus in Abb. 1 dargestellt.



**Abbildung 1: Verortung des Rechtspopulismus im rechten politischen Spektrum.** Eigene Darstellung (Sommer et al. im Erscheinen, S. 30).

Ausführliche Erörterungen des im Projekt PONN zu Grunde gelegtem Rechtspopulismusverständnisses finden sich in Humpert et al. 2021, S. 8-10 und insbesondere in Sommer et al. im Erscheinen, S. 19-30.

Jenseits des Fokus der PONN-Studie – die Verbindung von Rechtspopulismus mit Fragen des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit – findet das Thema „Rechtspopulismus“ in der sozialwissenschaftlichen Forschung in der jüngeren Vergangenheit große Beachtung. Im Rahmen von PONN wurde diese Literatur in Hinblick auf die Frage ausgewertet, welche Gründe für den Aufstieg entsprechender Bewegungen und Parteien identifiziert werden. Dies ist im Kontext von PONN relevant, um Antworten auf die Frage zu erhalten, welche Bedeutung Positionen zum Thema Klimawandel und Umweltschutz für das rezente Erstarren des Rechtspopulismus sowie für das Elektorat der nationalistisch-populistischen Parteien zukommt.

Die Erklärungen zum Erstarren des Rechtspopulismus, die sich in der Literatur finden lassen, fokussieren vor allem auf ökonomische und kulturelle Erklärungsmuster, die z.T. auch antagonistisch vorgetragen werden: Erstere sehen den erstarkenden Rechtspopulismus als

Folge sozioökonomischer Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte wie ökonomische Globalisierung, eine neoliberale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie die daraus resultierende Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Die Anhänger\*innen der Kultur-These gehen hingegen von einem Konflikt zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Werthaltungen aus bzw. sehen im erstarkenden Rechtspopulismus eine Reaktion auf die kulturelle Modernisierung der vergangenen Jahre, die sich vor allem im Geschlechterverhältnis sowie einer größeren gesellschaftlichen Diversität in Bezug auf Herkunft, sexueller Orientierung und Lebensstile ausdrückt. In diesem Zusammenhang sind auch Themen wie Nachhaltigkeit und Klimawandel von Bedeutung, die dem kosmopolitischen Wertespektrum zugeschrieben werden.

Darüber hinaus existieren verschiedene synthetisierenden Ansätze oder der Hinweis auf die langjährige Kontinuität menschenfeindlicher und rechtstextremer Einstellungen in Deutschland. Andere Autor\*innen sehen in Veränderung des politischen Felds – wie der zunehmenden Bedeutung sozialer Medien sowie die programmatischen Veränderungen der bisherigen sogenannten Volksparteien – wichtige Voraussetzungen für das Erstarken des Rechtspopulismus.

Die insgesamt bislang noch geringe Rolle der Themen „Klimawandel“ und „Klima- und Umweltschutzpolitik“ in der Rechtspopulismusforschung und den skizzierten Erklärungsansätzen ist insofern überraschend, da in jüngerer Vergangenheit verschiedene Spielarten der Leugnung des anthropogenen Klimawandels sowie die Ablehnung von Umweltschutzmaßnahmen fast überall bei Rechtspopulist\*innen einen wachsenden Stellenwert einnehmen.

Eine eingehende Darstellung der identifizierten Erklärungen zum Aufstieg des Rechtspopulismus ist in Humpert et al. 2021, S. 15-17 sowie ausführlich in Sommer et al. im Erscheinen, S. 30-52, nachzulesen.

### *Rechtspopulistische Positionen zu Fragen des anthropogenen Klimawandels, des Klima- und Umweltschutzes sowie der ökologischen Nachhaltigkeit*

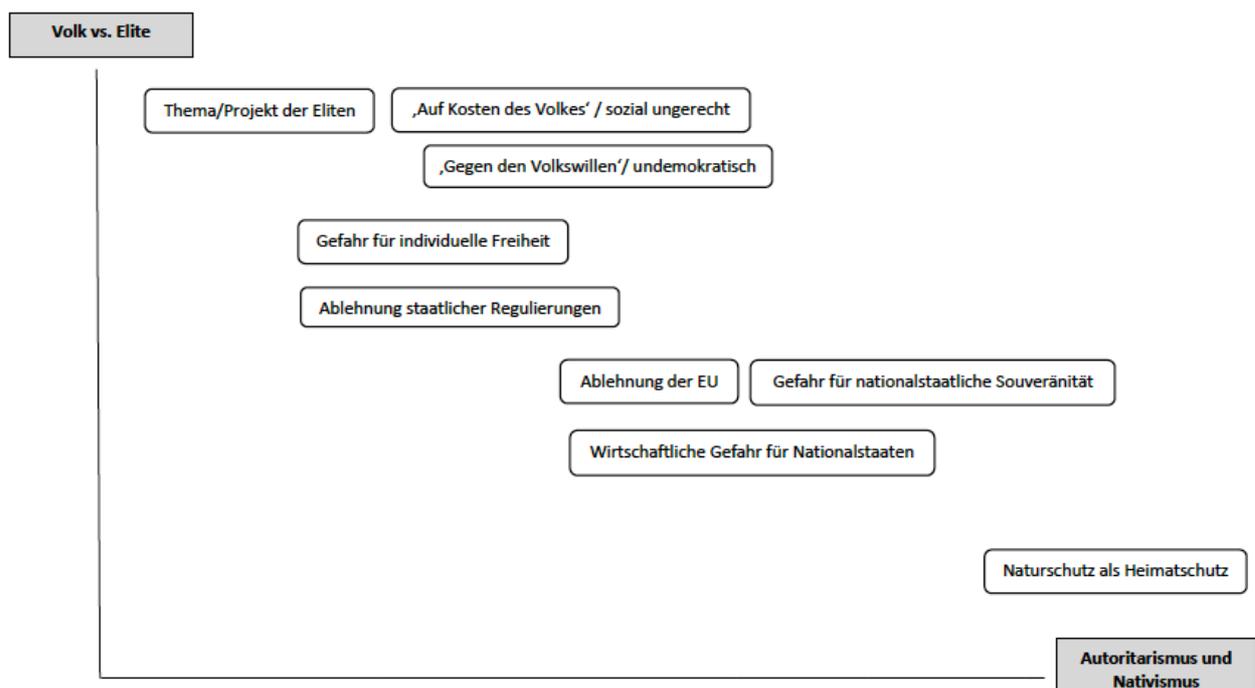
Rechtspopulistische Kräfte in Europa und den USA zweifeln mehrheitlich an, dass es einen menschlichen Einfluss auf das Klima gibt oder dass etwas gegen eine globale Erwärmung getan werden könnte. Eine Konsequenz der Leugnung des anthropogenen Klimawandels ist, dass sie

in der Regel Klimaschutzpolitiken ablehnen. Auf internationaler Ebene will die AfD beispielsweise aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austreten. Außerdem lehnt die Partei alle EU-Maßnahmen, die eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen, ab. Der AfD-Spitzenpolitiker Alexander Gauland gab bekannt: „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD“. Die Energiewende in Deutschland ist dabei besonders häufiges Ziel der Kritik (Reusswig et al. 2020). Die AfD möchte den Ausbau erneuerbarer Energien verhindern und das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) abschaffen. Sie ist auch gegen E-Mobilität und möchte Autos mit Verbrennungsmotor weiternutzen. Konflikte um die Energiewende spitzen sich jedoch besonders auf lokaler Ebene zu, wenn es beispielsweise um den Ausbau von Windkraftanlagen geht. Viele rechtspopulistische Parteien in Europa, darunter auch die AfD, wollen fossile Energieträger weiternutzen. Insbesondere an der Verstromung von Braunkohle will die AfD festhalten. Neben der Braunkohle spricht sich die AfD außerdem für die besonders umweltschädliche Fördermethode des Hydraulic Fracturing („Fracking“) sowie die Weiternutzung von Atomenergie aus. Rechtspopulist\*innen lehnen Klima- und Umweltschutzpolitiken u.a. mit dem Argument ab, dass diese soziale Ungleichheit verstärken und die „einfachen Leute“ übermäßig belasten würden (Jacob et al. 2020, S. 303; Radtke et al. 2019; Reusswig et al. 2020, S. 146). Insbesondere wenn es um die Energiewende geht, führt die AfD an, dass dadurch ökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsteile noch mehr belastet würden. Während Klima- und Umweltschutzpolitiken als etwas angesehen werden, die sich „gegen das Volk“ und die „einfachen Leute“ richten, werden sie gleichzeitig als ein Projekt der Eliten dargestellt, die allein davon profitieren würden. So wird die demokratische Legitimität entsprechender Vorhaben in Frage gestellt. Hierin zeigt sich das zentrale Element des Populismus, nämlich die Gegenüberstellung von Volk und Elite. Die Ablehnung der Euro-Politik und EU-Skeptizismus waren ein zentrales Thema während des Aufstiegs der AfD. Klima- und Umweltschutzpolitiken stellen einen der am weitesten entwickelten Bereiche des europäischen Rechts dar. So erscheint es nur folgerichtig, dass die AfD auch jegliche umweltpolitischen Regulierungen durch die Europäische Union ablehnt. Daran schließt an, dass rechtspopulistische Kräfte Klima- und Umweltschutzpolitiken auch als eine wirtschaftliche Gefahr für Nationalstaaten wahrnehmen. Sie argumentieren, dass Steuern, Abgaben sowie Subventionen zu einer Verringerung der Einkommen führen würden, was dann wiederum die nationale Wirtschaft schädigen würde. Schließlich werden Maßnahmen des Klima- und Umweltschutzes von Rechtspopulist\*innen mit dem Argument abgelehnt, dass sie die individuelle

Freiheit einschränken. Dieses Narrativ findet sich auch in anderen politischen Strömungen, beim Rechtspopulismus ist es aber besonders ausgeprägt.

Im Rechtsextremismus sowie im Graubereich zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus finden sich aber auch Positionen, die sich für Naturschutz stark machen (Forchtner, Kølvråa 2015). Dabei geht es vor allem um die lokale Natur (den ‚deutschen Wald‘), Naturschutz wird als Heimatschutz verstanden. Der Schutz der Atmosphäre als globale Allmende spielt hier keine Rolle. Teilweise werden Argumente des Natur- und Artenschutzes auch strategisch gegen den Ausbau Erneuerbarer Energien genutzt.

In Abb. 2 werden die identifizierten Positionen und Begründungsmuster der ‚dünnen‘ populistischen Ideologie (vertikale Achse) und der ‚dicken‘ rechten Ideologie zugeordnet. Es zeigt sich, dass die Ablehnung von Klima- und Umweltschutz überwiegend populistisch begründet wird.



**Abbildung 2: Begründungsmuster der Ablehnung von Klimaschutz zwischen Populismus und rechter Ideologie.** Eigene Darstellung.

Die Positionen im Rechtspopulismus zu Fragen des Klimawandels und Umweltschutzes sowie die jeweiligen Begründungsmuster sind ausführlich in Humpert et al. 2021, S. 26-37 sowie in Sommer et al. im Erscheinen, S. 55-76 veröffentlicht.

### *Erklärungen für die Ablehnung von Politiken der Nachhaltigkeit im Rechtspopulismus*

In der Fachliteratur werden verschiedene Gründe genannt, wieso rechtspopulistische Kräfte insbesondere Klimaschutzpolitik ablehnen. Im Folgenden werden zentrale Ansätze kurz präsentiert.

Die *Parteizugehörigkeit* stellt statistisch eine der stärksten Determinanten für die Einstellung zu Klima- und Umweltfragen dar (Beiser-McGrath, Huber 2018). So sind insbesondere im konservativen bis rechten Parteien- und Wähler\*innenspektrum Klimawandelskeptizismus und die Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken festzustellen (McCright et al. 2016). Neben der politischen Verortung auf einer Links-Rechts-Skala lassen sich im Kontext des Rechtspopulismus jedoch weiterführende psychologische Faktoren auf der Persönlichkeitsebene identifizieren, die für Klimawandelskeptizismus und die Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken verantwortlich sein können (wie *Right-Wing Authoritarianism* oder *Social Dominance Orientation*, SDO).

Klimawandelskeptizismus und die Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken durch rechtspopulistische Akteur\*innen kann allerdings auch als eine (politische) Strategie verstanden werden. Laut Niedermayer (2020, S. 131) versucht die AfD – angesichts der wachsenden Bedeutung des Klimawandels – „die Leugner und Skeptiker anzusprechen, um sich erneut ein Alleinstellungsmerkmal im Parteiensystem zu sichern“. Insofern ist beispielsweise die Ablehnung der Energiewende „in erster Linie taktisch“, um eine größtmögliche Differenz zu den etablierten Parteien aufzuzeigen (Selk et al. 2019, S. 54). Eichenauer et al. (2018, S. 644) führen an, dass bei der AfD (und bei Windkraftkritiker\*innen) eine „Protesthaltung gegen die politisch und medial kommunizierte Alternativlosigkeit der Energiewende deutlich [wird]“. Hinzu kommt der Erklärungsansatz, dass rechtspopulistische Akteur\*innen mit ihrer Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken ein ideologisches Angebot für Betroffene bzw. Verlierer\*innen der ökologischen Transformation in fossilen Industrien schaffen würden. Lockwood (2018) beschreibt dies als strukturellen Erklärungsansatz, welchem die Annahme zugrunde liegt, dass

Arbeiter\*innen aus Sektoren wie Industrie und Bergbau, die besonders von klima- und umweltschutzpolitischen Maßnahmen betroffen sind, ein sehr geringes Interesse an diesen haben. Allerdings bleibt offen inwiefern es sich für rechtspopulistische Akteur\*innen tatsächlich lohnen würde eine solche Programmatik nur für diesen sehr begrenzten Personenkreis zu verfolgen.

Ein weiterer Erklärungsansatz für die Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken rechtspopulistischer Akteur\*innen ist, dass sich darin ein Konflikt um die Lebensführung ausdrücke. Zahlreiche Autor\*innen (Ingelhart/Norris 2016) identifizieren gesamtgesellschaftlich eine neue kulturelle Konfliktlinie, die zwischen dem national orientierten Kommunitarismus (u.A. rechtspopulistische Kräfte) und den kosmopolitischen Strömungen verläuft. Die von rechtspopulistischen Akteur\*innen kritisierte Elite verkörpere die kosmopolitischen, postmateriellen und liberalen Werte, die im rechtspopulistischen Diskurs grundsätzlich abgelehnt werden. Die Infragestellung des wissenschaftlichen Konsens' zum Klimawandel sowie die Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitiken kann demnach als „Kollateralschaden“ der Ablehnung kosmopolitischer, postmaterieller Werte verstanden werden (Lockwood 2018). Schließlich wird Rechtspopulismus auch als „klassenübergreifenden Allianz“ zur Verteidigung ökonomischer und kultureller Privilegien interpretiert (Eversberg 2018).

Die identifizierten Erklärungsansätze zu rechtspopulistischen Positionen zu Klima- und Umweltschutzpolitiken lassen sich den allgemeinen wissenschaftlichen Erklärungen des Aufstiegs des Rechtspopulismus (siehe oben) zuordnen (Tab. 1).

**Tabelle 1: Klima- und umweltpolitische Positionen im Rechtspopulismus entlang der Erklärungsansätze**

(Quelle: Sommer et al. im Erscheinen, S. 90)

<b>Ökonomie- these</b>	<b>Kulturthese</b>	<b>Kontinuitätsthese und Persönlichkeits- ebene</b>	<b>Wandel im politischen Feld</b>	<b>Syntheti- sierende Ansätze</b>
Angebot für Transformations verlierer*innen	Ablehnung kosmopolitischer, postmaterieller Werte	Psychologische Erklärungen (z. B. hoher SDO-Wert)	Strategischer Protest gegen vor- herrschende Politik	Verteidigung von Privilegien
Tiefen- geschichte	<i>Petro-masculinity</i>		Strategischer Naturschutz	

Die wissenschaftlichen Erklärungen zu rechtspopulistischen Positionierungen gegenüber Klima- und Umweltfragen werden ausführlich in Humpert et al. 2021, S. 34-37 sowie in Sommer et al. im Erscheinen, S. 76-92 dargelegt.

*Strategien des politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit Rechtspopulismus  
(insbesondere im Hinblick auf sozial-ökologische Fragestellungen)*

Eine klimafreundliche und insgesamt nachhaltigere Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft gilt als eine der großen Herausforderungen der Gegenwart. Das Erreichen dieser anspruchsvollen gesellschaftlichen Zielsetzung wird durch das Erstarken des Rechtspopulismus zusätzlich erschwert. Der Aufstieg des Rechtspopulismus stellt aber nicht allein eine Herausforderung für eine sozial-ökologische Transformation dar, sondern auch für liberale Demokratien insgesamt, und er verändert das politische Feld und die Parteienlandschaft. In der ausgewerteten Fachliteratur werden Fragen des Umgangs mit dem Rechtspopulismus, wenn überhaupt nur skizziert. Im Folgenden werden die in der Literatur identifizierten Strategien zum Umgang mit dem Rechtspopulismus im Kontext von Fragen des Klima- und Umweltschutzes bzw. von Transformationskonflikten kurz dargestellt:

(I.) Die Verknüpfung klima- und soziapolitischer Anliegen ist eine zentrale Position rechtspopulistischer Akteur\*innen. Daher ist es problematisch, wenn Klimaschutzpolitik so ausgestaltet wird, dass sie bestehende Ungleichheiten verstärkt. Beispiele hierfür wären Energiesteuern, die allgemeine Besteuerung von CO<sub>2</sub> oder auch die langjährigen Regelungen zur Einspeisevergütung für Erneuerbare Energien in Deutschland. Ein Ansatzpunkt wäre, dass in Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt wird, dass Haushalte mit mittleren und geringeren Einkommen durch entsprechende Maßnahmen nicht mehr belastet und ggf. sogar entlastet würden.

(II.) Eine ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik erfordert tiefgreifende Veränderungen im Mobilitäts-, Ernährungs- sowie im Energiesystem, die häufig auch den Alltag der Menschen betreffen. Die daraus resultierenden Konflikte um die Lebensführung müssen aber nicht *per se* problematisch sein. Untersuchungen haben gezeigt, dass sich eine Polarisierung der politischen Arena in diesen Fragen positiv auf die Umwelt- und Klimaschutzpolitik auswirken kann. Transformationskonflikte können für eine breit geführte politische Debatte genutzt werden, die so entsprechenden Vorhaben neuen Schub verleihen kann.

(III.) Transformationskonflikte, die von Rechtspopulist\*innen politisiert und z.T. fundamentalisiert werden, weisen auf Repräsentationsdefizite hin. Dies kann als Anlass dienen, um über adäquate Repräsentations- und Beteiligungsformate nachzudenken. So wurde bereits in der Agenda 21 der Vereinten Nationen festgeschrieben, dass die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit eine Grundvoraussetzung für die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung darstellt. In Frankreich wurden als Reaktion auf die sogenannten Gelbwesten-Bewegung, die sich u.a. anlässlich der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer formierte, Klima-Bürger\*innenräte ins Leben gerufen, um entsprechende Konflikte gesellschaftlich auszuhandeln.

(IV.) Den parteiübergreifenden Konsens, dass Klimaschutz ein wichtiges Menschheitsanliegen darstellt, nehmen Rechtspopulist\*innen zum Anlass, sich als einzige Alternative darzustellen. Vor diesem Hintergrund ist eine parteipolitische Ausgestaltung der Klimapolitik durchaus wünschenswert. Daher muss es in der politischen Auseinandersetzung nicht darum gehen, ob Klimaschutz grundsätzlich sinnvoll ist, aber durchaus um die Frage, wieviel Staat und wieviel Markt ambitionierter Klimaschutz erfordert und was die geeigneten Strategien und Instrumente zur Einhaltung der Pariser Klimaziele sind.

(V.) Auch die politische und naturwissenschaftliche Bildung spielt im Umgang mit rechts-populistischen Verschwörungserzählungen zum Klimawandel eine wichtige Rolle. So haben sich verschiedene wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Initiativen in den vergangenen Jahren um die Auseinandersetzung mit Klimamythen aus der organisierten Szene der Klimawandel-Leugner\*innen verdient gemacht. Ein Beispiel aus dem deutschsprachigen Raum ist der Blog „Klimalounge“, der maßgeblich vom Potsdamer Klimawissenschaftler Stefan Rahmstorf betrieben wird. Hier werden die neuesten wissenschaftlichen Befunde zum Klimawandel allgemeinverständlich erklärt oder beispielsweise Positionen der AfD zum Klimawandel mit wissenschaftlichen Wissen abgeglichen.

(VI.) Klimaschutzpolitik sowie eine sozial-ökologische Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit erfordern positive Zukunftsperspektiven. Zum einen geht es darum, dass für „Transformationsverlierer\*innen“ konkrete Alternativen und Angebote in Aussicht gestellt werden, die die Akzeptanz von Klimaschutzpolitiken bei Arbeiter\*innen in emissionsintensiven Sektoren erhöhen. In Ansätzen ist dies – wie z.B. in der Lausitz – heute schon der Fall. Allein mit Verlust- und Katastrophenszenarien lässt sich vermutlich keine sozial-ökologische Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit gesellschaftlich legitimieren und befördern. Zukunftsvisionen und Vorstellungen eines guten Lebens kommt in gesellschaftlichen und politischen Debatten über eine Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit daher eine zentrale Bedeutung zu.

Eine ausführlichere Darstellung der Strategien zur Begegnung des Rechtspopulismus im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation findet sich in Humpert et al. 2021, S. 38-41 sowie in Sommer et al. im Erscheinen, S. 131-144.

*Welche Forschungsdesiderate werden in der Literatur genannt bzw. lassen sich auf Basis der Fachliteratur identifizieren?*

Bei der Untersuchung des Zusammenhangs von Rechtspopulismus und Haltungen zum Klima- und Umweltschutz handelt es sich um ein dynamisches Forschungsfeld. Trotz der wachsenden Zahl an Publikationen in diesem Feld konnten im Rahmen von PONN zahlreiche Leerstellen in der Forschung identifiziert werden. Im Folgenden sollen einige zentrale Desiderate und Fragestellungen skizziert werden:

- 1) Die meisten quantitativen Untersuchungen zum Phänomen Populismus und Klima basieren auf Daten aus Großbritannien oder den USA. Hier fehlt es an geeigneten quantitativen Primärdaten und weiterführenden Studien zu anderen Ländern.
- 2) Eine systematische Auswertung qualitativer Primärdaten in Bezug auf populistische Narrative übers Klima sowie umweltpolitische Positionen existiert bislang kaum. Besonders in Frage kommen hier *Social Media*-Plattformen (wie Facebook, TikTok oder Twitter) rechtspopulistischer Akteur\*innen und dortiger Debatten sowie Parlamentsreden, Anträge, Wahlprogramme zum Thema Klima und Umwelt, etc.
- 3) Der Einfluss von Rechtspopulist\*innen auf Entscheidungen (zum Thema Umwelt und Klima) in nationalen Parlamenten und von Regierungen ist bislang nur in wenigen Studien untersucht worden und hier zeigen sich bislang keine eindeutigen Effekte.
- 4) Welche Rolle spielt Gender bei der Leugnung des Klimawandels sowie der Ablehnung von Klima- und Umweltschutz(politiken)? Auffällig ist, dass sowohl im Elektorat rechtspopulistischer Parteien als auch bei klimaskeptischen Positionen Männer dominieren. Wie ist dies zu erklären?
- 5) Handelt es sich bei den zu beobachtenden Einstellungen zum Klima- und Umweltschutz populistischer Akteur\*innen um eine Art „Kollateralschaden“ der Ablehnung kosmopolitischer Einstellungen, der Sorge um steuerliche Mehrlasten oder etwa auch von Wissenschaftsskeptizismus? Oder zählen sie inhärent zum ideologischen Kern entsprechender Strömungen? In diesem Zusammenhang erscheint eine weitere Ausdifferenzierung populistisch radikal rechter und rechtsextremer Perspektiven auf Natur, Umwelt, Klima sinnvoll, da sich hier zum Teil große Unterschiede andeuten.
- 6) Rechtspopulismus und sozial-ökologische Transformation: Wie genau erfolgt die Politisierung und Fundamentalisierung von Transformationskonflikten durch Rechtspopulist\*innen? Mit welcher Resonanz ist in der Bevölkerung und im Elektorat rechtspopulistischer Parteien zu rechnen? Gibt es Strategien, der regressiven Politisierung von Transformationskonflikten durch Rechtspopulismus entgegenzuwirken?
- 7) Methodisch ist auffällig, dass qualitative Untersuchungen zum Konnex von Rechtspopulismus und Klima/Umwelt (wie zum Rechtspopulismus allgemein) sehr rar sind. Die wenigen einschlägigen Studien stammen aus den USA (wie Arlie Hochschilds Studie *Strangers in Their Own Land*). Insgesamt dominieren quantitative Designs. Anwendungsfelder für

qualitative Untersuchungen wären beispielsweise Umwelteinstellungen von Wähler\*innen rechtspopulistischer Parteien sowie die jeweilige soziale Rekonstruktion des Klimathemas und der diesbezüglichen wissenschaftlichen Befunde durch verschiedene gesellschaftliche Akteur\*innen in der Gesellschaft.

### **Themenblock B: zunehmende soziale Disparitäten und neue Formen der sozialen Ungleichheit**

Auch zum Zusammenhang von neuen sozialen Disparitäten und umweltrelevanten Einstellungen und Praktiken ist die neuere Literatur systematisch ausgewertet worden. Da dieser Phänomenbereich insgesamt besser erforscht ist, was auch die Verknüpfung mit sozial-ökologischen Fragestellungen betrifft, ist zeitlich sowie in Bezug auf den Output für Themenblock B weniger Aufwand betrieben worden. Die zentralen Befunde der Literaturstudie zu Themenblock B sollen hier zusammengefasst werden:

#### *Prekarität und soziale Lage*

In den frühindustrialisierten OECD-Staaten hat die „soziale Frage“ in den vergangenen vier Jahrzehnten eine tiefgreifende Metamorphose vollzogen (Castel 2000). Einerseits existieren klassische Formen der sozialen Ungleichheit weiter – wie die Ungleichheit an Vermögen und Einkommen – und haben seit den frühen 1990er Jahren sogar stark zugenommen (Piketty 2016). Andererseits werden unter Schlagworten wie „Prekarität“ und „Prekarisierung“ (Castel/Dörre 2009) zusätzlich neue soziale Disparitäten bzw. neue Formen der sozialen Ungleichheit thematisiert. Der Prekaritätsbegriff adressiert dabei Erfahrungen der Verunsicherung und Entsicherung, die bis weit in die Mittelschicht hineinreichen (Schad 2017). Eine Lebenslage lässt sich nach „objektiven“ und „subjektiven“ Faktoren prekär beschreiben. Während auf der objektiven Ebene beispielsweise die Erwerbssituation (ein befristetes Beschäftigungsverhältnis, Beschäftigung im Niedriglohnsektor, unerwünschte Teilzeit, Scheinselbstständigkeit, etc.) oder das Einkommen in Kombination mit der familialen Konstellation entscheidend ist, kann gleichzeitig die nach sozioökonomischen Messdaten gleiche Lage subjektiv unterschiedlich erfahren werden (ebd., S. 238). Während Indikatoren klassischer sozialer Ungleichheit (wie Einkommen) bereits in zahlreichen Untersuchungen mit umweltrelevanten Einstellungen und umweltrelevanten Verhalten in Verbindung gebracht

worden sind, wird der Zusammenhang zu prekären Lebenslagen bislang nur selten diskutiert. Nur wenige Publikationen machen die Erkenntnisse und theoretischen Überlegungen der Prekarisierungsforschung explizit für Umweltfragen fruchtbar (Schad 2017). Da sich Prekarität durch unsichere und eingeschränkte ökonomische Handlungsspielräume auszeichnet, diese jedoch notwendig für gesellschaftliche Teilhabe sind und in starkem Maße die konkrete Lebenslage bestimmen, kann auch von einem Einfluss auf umweltrelevante Einstellungs- und Handlungsmuster ausgegangen werden.

### *Umweltbewusstsein, soziale Lage und Prekarität*

Studien zu Umwelteinstellungen zeigen, dass Menschen mit niedrigen Einkommen und Bildungsabschlüssen sich weniger Sorgen um Umweltschutzbelange machen (siehe z.B. die repräsentativen Befragungen im Auftrag des Umweltbundesamtes: Gellrich 2021; Rüblik et al. 2018; Scholl et al. 2017). Gellrich (2021) bestätigt jüngst die bekannten Befunde und zeigt beispielsweise, dass Personen mit einem höheren Bildungsabschluss Klimaschutzmaßnahmen eine höhere Bedeutung beimessen, während Personen mit einem formal niedrigen Bildungsniveau diese eher skeptisch betrachten, insbesondere wenn sie mit Kosten verbunden sind (ebd., S. 25ff.).

Darüber hinaus hat die Prekarisierung (auch von Teilen der Mittelschicht) Auswirkungen auf Umwelteinstellungen. Da Umwelteinstellungen auch bei Veränderungen der sozialen Lage zunächst relativ konstant und sozialräumlich geprägt sind, werden sie in den Umweltbewusstseinsstudien, die im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes durchgeführt werden, seit einigen Jahren auch in verschiedenen Milieus betrachtet. Milieus sind hier wie folgt definiert: „Soziale Milieus fassen Gruppen von Menschen zusammen, die ähnliche Werthaltungen, Mentalitäten und Prinzipien der Lebensführung haben. Durch die Betrachtung der sozialen Milieus wird somit deutlich, welche unterschiedlichen Alltagskulturen und Lebenswelten in der Gesellschaft vorhanden sind. Neben der Grundorientierung im Alltag werden auch die soziale Lage und die generationale Prägung unterschiedlicher Altersgruppen bei der Identifikation und Beschreibung sozialer Milieus berücksichtigt“ (BMU und UBA 2019, S. 73). Die in der Umweltbewusstseinsstudie 2018 beobachteten Unterschiede zwischen sozialen Milieus bezogen auf das Umweltbewusstsein bestätigen ebenfalls die bereits bekannten Befunde, dass bessergestellte soziale Milieus – wie

hier die sogenannten kritisch-kreativen Milieus oder die jungen Idealisten – sich mehr Sorgen um die Umwelt machen als benachteiligte soziale Milieus – wie die prekären Milieus oder die jungen Distanzierten. Das prekäre Milieu, das laut Studie 13% umfasst (ebd.) zeigt sich insgesamt skeptischer gegenüber Maßnahmen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Energiewende (ebd., S. 35ff.). „Traditionellen und prekären Milieus ist es außerdem besonders wichtig, dass die Energieversorgung für alle bezahlbar bleibt“ (ebd., S. 38). Trotz einer größeren Zurückhaltung im prekären Milieu bleibt dennoch insgesamt festzuhalten, dass in allen sozialen Milieus eine Mehrheit eine ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft befürwortet. Zusammenfassend hält die Umweltbewusstseinsstudie aus dem Jahr 2018 für die prekären Milieus fest: „Die Angehörigen der prekären Milieus erkennen (wie andere Milieus auch) die sozialen Normen des umweltgerechten Verhaltens an und bemühen sich etwa, Müll zu trennen und Energie zu sparen. Gleichzeitig sehen sie sich alltäglichen Umweltbelastungen wie Lärm oder Luftschadstoffen in besonderem Maße ausgesetzt und fühlen sich auch in dieser Hinsicht benachteiligt“ (ebd., S. 78). Als ein Grund für das geringere Umweltbewusstsein in den prekären Milieus gilt deren Fokussierung auf die Bewältigung des Alltags.

Eversberg (2020), der auf Basis der Daten der Umweltbewusstseinsstudien ebenfalls einen Milieuansatz verfolgt, identifiziert zwei Cluster, die er als „prekär-veränderungsoffene Einstellungsmuster“ zusammenfasst (ebd., S. 46ff.). Angehörige dieser Gruppe verfügen über geringe bis mittlere Einkommen sowie ein mittleres formales Bildungsniveau und haben ein durchschnittliches Alter. In Hinblick auf das Geschlecht zeigt sich bei dieser Gruppe kein Unterschied; sie verfügt aber über einen vergleichsweise hohen Anteil an Personen, die einfachen, manuellen Tätigkeiten nachgeht sowie einen deutlich erhöhten Anteil an Erwerbslosen (ebd.). Eversberg hält für diese Gruppe fest: „Ihren Einstellungen nach stehen also beide Varianten dieses Einstellungsmusters für Haltungen, die sich zwar unter dem Eindruck von Unsicherheit und materieller Knappheit bilden und eine stärkere Berücksichtigung der eigenen Belange in Politik und Gesellschaft einfordern, dabei aber ökologische Ziele hierzu nicht im Widerspruch sehen, sondern als ebenfalls unterstützenswerte Anliegen, für die auch ein aktives Eintreten zumindest denkbar ist“ (ebd., S. 49). Darüber hinaus gibt es aber auch benachteiligte soziale Milieus, die wiederum verschiedene „prekär-defensive Einstellungsmuster“ zeigen, welche sich durch privatistischen Rückzug oder sogar regressive Beharrung auszeichnen (ebd., S. 62f.) Die Prekariatserfahrungen werden hier durch ressentimentgeladene Wahrnehmungs- und Denkweisen verarbeitet. Diese Gruppe ist Teil

eines regressiv-autoritären Lagers der Gesellschaft, das nach Eversbergs Analysen insgesamt bis zu 25 Prozent ausmacht (ebd., S. 90).

Ähnlich wie Eversberg stellt auch Schad (2017) fest, dass es in prekären Lebenslagen sowohl umweltaffine als auch diesbezüglich desinteressierte Personen gibt. Eine Sekundäranalyse der ALLBUS/ISSP Daten von 2010 zeigt einerseits, dass vor allem die objektive Prekarität (wie ein niedriges Haushaltseinkommen) statistisch einen Einfluss auf die Umweltaffinität hat, die subjektive Erfahrung der Lage als „prekär“ aber auch Dimensionen wie die ökologische Handlungsbereitschaft negativ beeinflusst (ebd., S. 184ff.). Eine qualitative Befragung von Personen in einer prekären Lage zeigt andererseits ein differenziertes Bild: Danach gibt es sowohl Personen, die eine geringe oder keine Umweltaffinität und Handlungsbereitschaft zeigen als auch solche, die beides an den Tag legen (ebd., S. 197). Für einen Typ der Befragten kann die Umweltaffinität sogar bei der Überwindung prekärer Lebenslagen helfen, da sie eine Form der widerständigen Praktiken darstellt (ebd., S. 284).

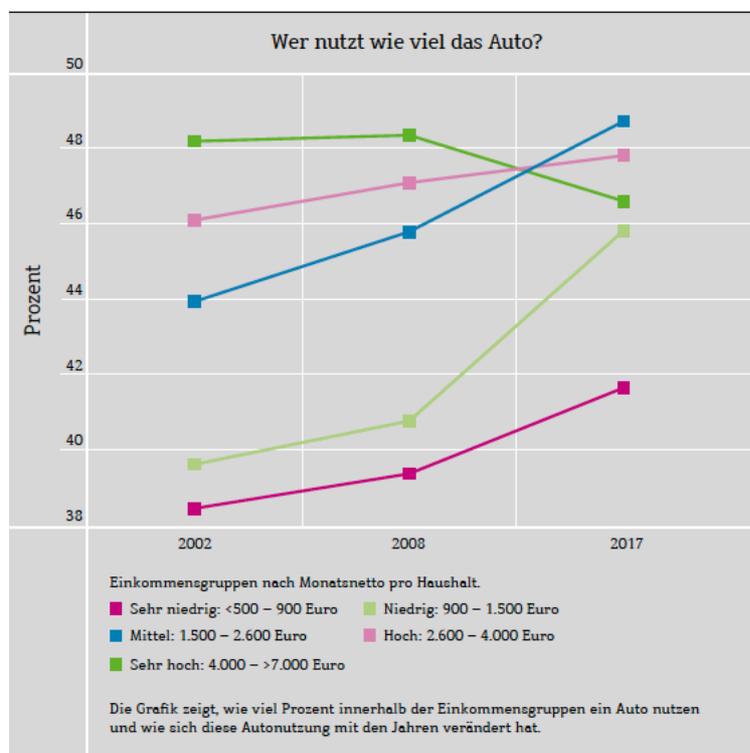
Aus der Zusammenschau der verschiedenen Befunde und Studien lässt sich konstatieren, dass Umweltaffinität in prekären Lagen schwächer ausgeprägt ist als in privilegierten sozialen Lagen, jedoch nicht durch diese determiniert wird. Auch in prekären Lagen sind umweltaffine Einstellungen zu finden und bei Übergängen in prekäre Lebenslagen bleiben diese konstant und ändern sich allenfalls, wenn die prekäre Lage sich über längere Zeit verfestigt (ebd., S. 308ff.).

### *Umwelthandeln, soziale Lage und Prekarität*

Zwischen Umweltbewusstsein (bzw. umweltrelevanten Einstellungen) und Umwelthandeln (bzw. umweltrelevanten Praktiken) besteht in der Regel eine Kluft, bzw. kein besonders enger Zusammenhang (Bruderer/Diekmann 2019; Entzian 2016; WBGU 2011, S. 81). Mit anderen Worten, Umwelteinstellungen erklären nur in einem geringen Maße die Varianz des Umwelthandelns (Bruderer/Diekmann 2019, S. 16). Kleinhüchelkotten et al. (2016) zeigen sogar, dass auf der Einstellungsebene umweltaffinere Befragte höhere Ressourcenverbäuche zeigen als weniger umweltaffin eingestellte Personen: „Entgegen dem, was vielleicht zu erwarten wäre, erweist sich der Zusammenhang zwischen Umwelteinstellungen und Gesamtenergieverbrauch als positiv [...]: Personen, denen [...] positive Umwelteinstellungen

zugesprochen werden können, verbrauchen demnach, entgegen ihrer Selbsteinschätzung, mehr Energie als weniger umweltpositiv eingestellte Personen“ (ebd., S. 69).

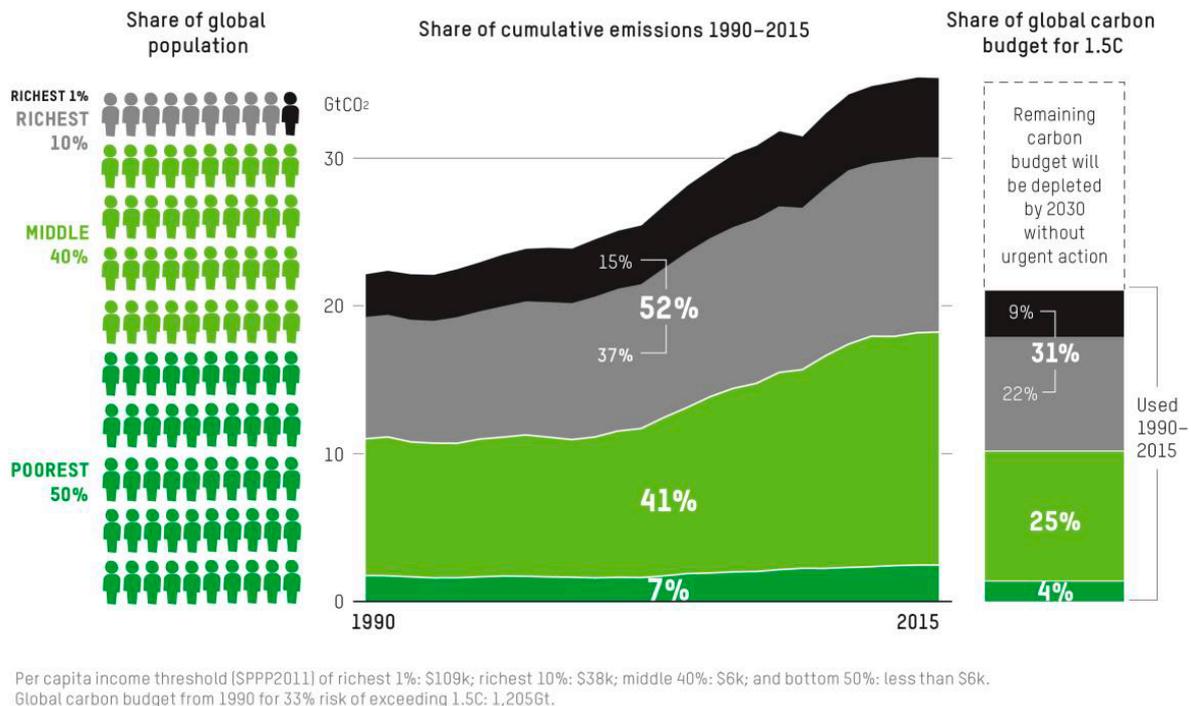
Bezogen auf das beobachtbare Umwelthandeln ergeben sich insgesamt ambivalente Befunde (Kleinhückelkotten et al. 2016). Einerseits zeigt sich, dass sozial schlechter gestellte Milieus seltener etwa zum Kundenstamm von Bio- oder Reformhäusern gehören (ebd.). Andererseits ist bekannt, dass vor allem Angehörige von Gruppen mit einem hohen oder sehr hohen Einkommen aufgrund ihrer Praktiken verstärkt das Klima und die Umwelt belasten. Abb. 3 zeigt dies für die Autonutzung in Deutschland, wo trotz eines wachsenden Anteils in den niedrigen und sehr niedrigen Einkommensgruppen immer noch die Gruppen mit einem mittleren, hohen oder sehr hohen Einkommen deutlich häufiger ein privates Auto nutzen.



**Abbildung 3: Autonutzung nach Einkommensgruppen im Zeitverlauf** (Quelle: George 2021, S. 33).

Ähnliche Zusammenhänge sind auch für andere umweltrelevante Praktiken (wie Fliegen), die bewohnte Fläche pro Kopf und den Energieverbrauch bekannt (Kleinhückelkotten et al. 2016). So verwundert es auch nicht, dass Analysen zum ökologischen Fußabdruck zeigen, dass sozial benachteiligte Gruppen für einen vergleichsweise geringen Ressourcenverbrauch und

Schadstoffausstoß verantwortlich sind, während die bessergestellten Milieus bzw. Angehörige privilegierter Lagen ressourcenverbrauchend abschneiden. Mit anderen Worten, Einkommen und Vermögen zählen statistisch zu den stärksten Determinanten der Ressourceninanspruchnahme (Nässén et al. 2015). Beispielhaft lässt sich das für CO<sub>2</sub>-Emissionen auf globaler Ebene zeigen (siehe Abb. 4), ähnliche Zusammenhänge finden sich aber auch auf nationalstaatlicher Ebene (ebd.)



**Abbildung 4: Anteil der kumulativen CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 bis 2015 nach Einkommensgruppen** (Quelle: Oxfam 2020, S. 3).

In weiteren Studien ist gezeigt worden, dass das Ausmaß sozialer Ungleichheit (als relationales Verhältnis) signifikant mit ökologischen Dimensionen (wie z.B. dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß) korreliert (vgl. z.B. Jorgenson 2015; Wilkinson und Pickett 2009). Bezüglich des genauen Wirkungsverhältnisses existieren bislang vor allem plausibilisierende Erklärungsansätze, z.B. dass in einer sozial ungleichen Gesellschaft für die Individuen demonstrativer Statuskonsum an Bedeutung gewinnt (Kraemer 2008, S. 117). Die hinter den statistischen Zusammenhängen liegenden Mechanismen sind allerdings kaum erforscht.

Einkommen und Vermögen (sowie ihre Verteilung) bestimmen aber nicht allein das umweltrelevante Verhalten bzw. den Ressourcenverbrauch und das Emissionsniveau. Detaillierte Auswertungen zu einzelnen Verbrauchs- und Emissionsfeldern zeigen zum Teil komplexe Abhängigkeiten von verschiedenen sozio-demographischen Merkmalen wie Bildung, Alter, Geschlecht oder die geographische Lage (Kleinhüchelkotten et al. 2016; Bruderer/Diekmann 2019). Beispielsweise beziehen umweltaffine Milieus und sozialen Gruppen mit einem hohen Bildungsniveau häufiger Ökostrom, oder Personen mit einem höheren Einkommen wohnen in der Regel in Wohnungen mit einer besseren Wärmedämmung und effizienteren Heizungslage, was sich wiederum negativ auf den Energieverbrauch auswirkt (Kleinhüchelkotten et al. 2016, S. 48f.). Darüber hinaus verbrauchen – unabhängig von der sozialen Lage – Männer und ältere Personen mehr Energie als Frauen und jüngere (ebd., S. 62f.).

In Bezug auf neue soziale Ungleichheiten plausibilisiert Kraemer (2008) mögliche Zusammenhänge zwischen dem Abrutschen in Prekarität und der Veränderung der Konsummuster in Hinblick auf ihre ökologische Auswirkungen. Danach könne der „ökologische Rucksack“ durch geringeren Konsum kleiner werden, z.B. durch Umstellung der Zeitverwendung, Verkleinerung des Mobilitätsradius, Kompensation von Marktprodukten durch Eigenarbeit oder der Neuaushandlung der Unterstützungsbeziehungen zwischen den Generationen (ebd., S. 118). Andererseits seien auch negative Umweltauswirkungen denkbar, wenn z.B. ressourcenschonende teurere Produkte durch weniger nachhaltig produzierte günstigere Produkte ersetzt werden (ebd., S. 118f.). Grundlegende Änderung der Alltagspraktiken seien aber nur zu erwarten, wenn die Prekarität sich verfestigt (ebd.).

Auf Basis einer qualitativen Untersuchung kann Schad (2017) nachzeichnen, wie Prekarität das Umwelthandeln verändert: Mit der Prekarisierung der sozialen Lage erfolgt eine Gewöhnung an einen geringen Lebensstandard. Sofern eine gewisse Umweltaffinität besteht bzw. bestand, werden i.d.R. Wege gesucht, trotz Prekarität entsprechend der eigenen Umwelteinstellungen nach zu handeln. Mit anderen Worten, die Handlungsmuster verändern sich in Folge der Prekarität und weniger die eigenen umweltrelevanten Einstellungen, die in einen umfassenden Lebensentwurf integriert sind (ebd., S. 308).

Als Fazit kann festgehalten werden, dass prekäre Lebenslagen und Umweltaffinität sowie umweltrelevantes Handeln in einem komplexen Verhältnis miteinander stehen, bei dem die verfügbaren materiellen Ressourcen zwar eine Rolle spielen, aber weitere Faktoren – wie die

Milieuzugehörigkeit (die von den Ressourcen jedoch nicht entkoppelt ist), das Alter, das Geschlecht und auch die geographische Lage – ebenfalls relevant sind und prekäre Lebenslagen daher nur Teil der Erklärung umweltaffiner Einstellungen und umweltrelevanten Handelns sein kann. Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass die Konsequenzen neuer Formen sozialer Disparitäten für umweltrelevante Praktiken bislang nur wenig erforscht sind.

*Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und der Betroffenheit von Umweltbelastungen sowie den Verteilungswirkungen von Umwelt- und Klima(schutz)politik*

Die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und der Betroffenheit von Umweltbelastungen werden unter dem Stichwort „Umweltgerechtigkeit“ diskutiert. Im Fokus steht dabei die bestehende soziale Ungleich-Verteilungen von Umweltbelastungen und Umweltgütern mittels Monitoring zu identifizieren und abzubauen. Während dieses Thema im englischsprachigen Raum und insbesondere den USA unter dem Begriff Environmental Justice bereits seit den 1980er Jahren behandelt wird, findet es im deutschsprachigen Raum erst in der jüngeren Vergangenheit zunehmende Beachtung (Bunge 2008, S. 5). Eine Ausnahme stellt Ulrich Becks Zeitdiagnose der Risikogesellschaft (1986) dar, in der soziale Strukturiertheit von Umweltbelastungen aber gerade in Frage gestellt wurde.

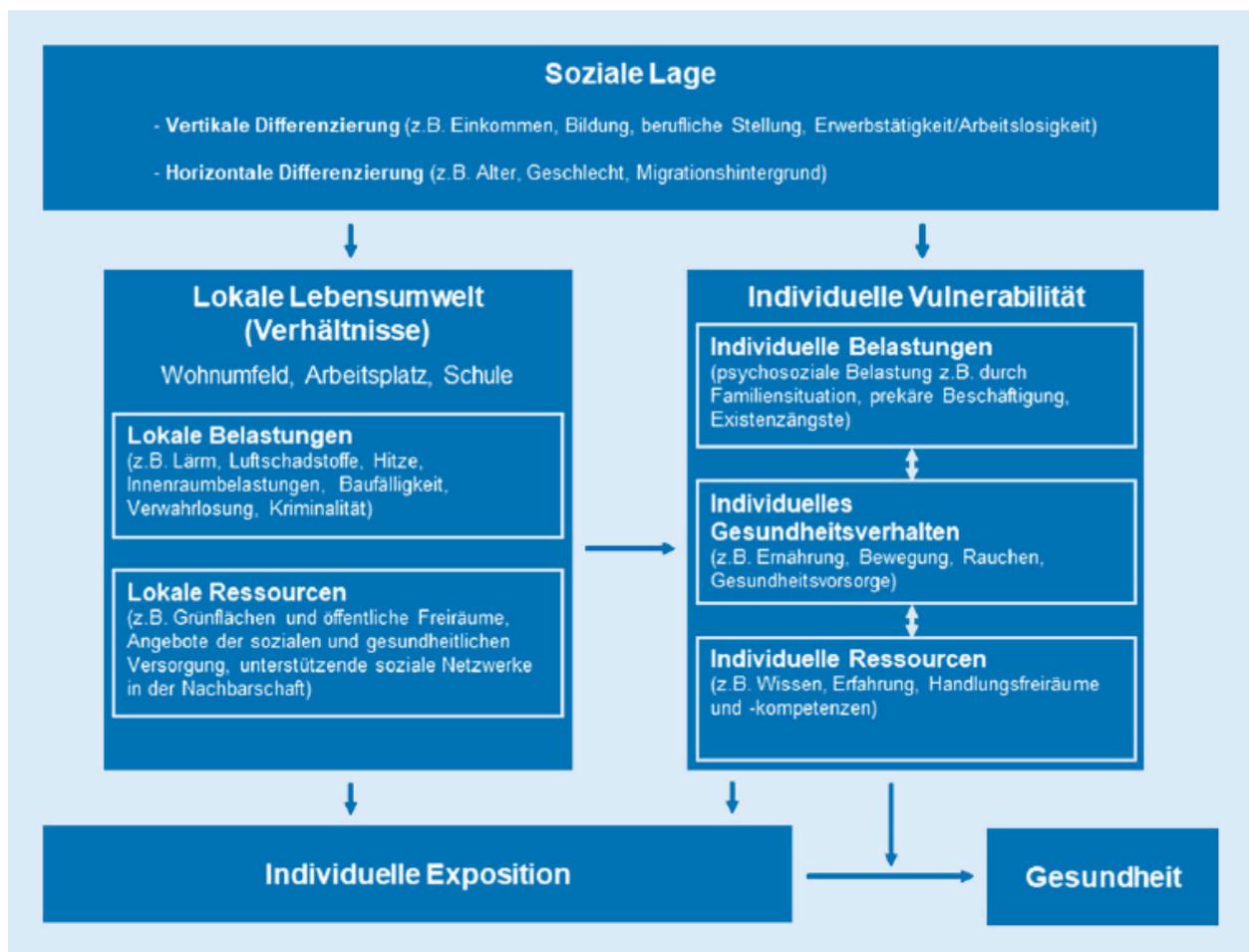
Eine allgemein verbindliche Definition von Umweltgerechtigkeit existiert jedoch noch nicht (Böhme et al. 2015, S. 45). Meist wird unter Umweltgerechtigkeit allerdings ein „normatives Leitbild verstanden, das auf die Vermeidung und den Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie die Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen“ abzielt (ebd.). In einigen Studien wird das Konzept weiter in die Dimension der Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit ausdifferenziert (Bolte et al. 2018). Verteilungsgerechtigkeit bedeutet dabei, dass „nichtvermeidbare Umweltbelastungen angemessen, gerecht bzw. fair zwischen Regionen und Bevölkerungsgruppen verteilt sind“ (ebd., S. 675). Wenn alle gesellschaftlichen Gruppen das gleiche Recht auf Beteiligung und die gleiche Möglichkeit zur Teilhabe an umweltpolitisch relevanten Entscheidungsprozessen haben, wird von Verfahrensgerechtigkeit gesprochen (ebd., S. 677). Weiter werden Zugangs- und Vorsorgegerechtigkeit sowie Ergebnis- und Chancengerechtigkeit als Teilaspekte der Umweltgerechtigkeit thematisiert (Böhme et al. 2019).

Um die Zusammenhänge von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage zu erfassen, sind kleinräumige Berichterstattung und Indikatoren als Beurteilungsgrundlage notwendig, die Daten zur Gesundheit, zur sozialen Lage und zur Umweltqualität integrieren (Bunge et al. 2011, S. 11). Obwohl das Verhältnis zwischen sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit bereits seit langem bekannt ist, wird der soziale Status als wesentlicher Indikator für umweltbezogene gesundheitliche Beeinträchtigungen in Deutschland nicht systematisch erhoben. Die Datenlage zu diesem Zusammenhang ist daher noch sehr lückenhaft. Monitoring- und Berichterstattungssysteme, die Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsdaten miteinander verknüpfen, fehlen weitgehend (Böhme et al. 2018, S. 13). Ausnahmen sind das Berliner Umweltgerechtigkeitsmonitoring sowie das sog. SUHEI-Modell, das bestehende Daten integriert und je nach Stadt angepasst werden kann (Bolte et al. 2018).<sup>1</sup> Ferner bleibt festzuhalten, dass es im deutschsprachigen Raum bislang nur wenige Untersuchungen gibt, die „objektive“ Messdaten mit der Umweltqualität in Beziehung setzen (Überblick in Mielck, Heinrich 2002); häufiger wird dagegen die Wahrnehmung von Umweltbelastungen (z.B. durch Lärm) erfasst.

Erklärungsansätze für den Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Umwelt und Gesundheit umfassen in der Regel verschiedene Faktoren. Nach Bolte et al. (2012 sowie 2018) wird die soziale Lage nach Einkommen, Bildung, Erwerbsstatus etc. (vertikale Differenzierung) sowie Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund etc. (horizontale Differenzierung) unterschieden, welche sowohl die lokale Lebensumwelt als auch die individuelle Vulnerabilität beeinflusst. Die lokale Umwelt setzt sich wiederum aus lokalen Belastungen und lokalen Ressourcen zusammen, während die individuelle Vulnerabilität durch individuelle Belastungen, Ressourcen sowie das jeweilige Gesundheitsverhalten bestimmt wird. Beide – also die lokale Lebensumwelt als auch die individuelle Vulnerabilität – bestimmen die Exposition gegenüber Umweltbelastungen und schließlich die Gesundheit. Schematisch ist dieses Modell in Abb. 5 dargestellt.

---

<sup>1</sup> SUHEI steht für *Spatial Urban Health Equity Indicators*.



**Abbildung 5: Modell zum Zusammenhang von sozialer Lage, Umwelt und Gesundheit** (Quelle: Bolte et al. 2018, S. 678, basierend auf Bolte et al. 2012, S. 26).

Das Modell von Bolte et al. soll an dieser Stelle nur exemplarisch genannt werden. Ähnliche Zusammenhänge werden auch in der Umwelt-, Klima- und Katastrophenvulnerabilitätsforschung hergestellt (siehe z.B. Wieser et al. 2005; zitiert nach Malm 2020, S. 98). Grundsätzlich sind diese Modelle dadurch gekennzeichnet, dass sie verschiedene Faktoren – wie die natürliche Umweltqualität, die soziale und ökonomische Lage sowie individuelle Ressourcen – integrieren, um die Wirkungsmechanismen zu erklären, und nicht von einem linearen Zusammenhang einzelner Faktoren ausgehen.

Bereits Ende der 1990er Jahre haben Heinrich et al. (1998) eine erste Übersicht über die Erkenntnisse zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit, Umweltbelastungen und Gesundheit in

Deutschland veröffentlicht. Eine spätere Zusammenfassung über relevante Forschungsergebnisse zum Themenkomplex der Umweltgerechtigkeit findet sich bei Bolte und Kohlhuber (2008) sowie Bolte et al. (2018). Insgesamt ist die Datenlage sehr heterogen (ebd.). Gleichwohl sind auch in Deutschland Umweltbelastungen sozial ungleich verteilt und können zu ungleich verteilten nachteiligen gesundheitlichen Folgen in der Bevölkerung führen. Hierbei sind insbesondere Angehörige einkommensschwacher Haushalte betroffen, die aufgrund ihrer limitierten Mittel häufiger Wohnraum in Anspruch nehmen müssen, der gegenüber Umweltbelastungen besonders stark exponiert ist (Laußmann 2013). So ist festzustellen, dass die Belastung mit verkehrsbedingten Luftschadstoffen in Deutschland bei sozial benachteiligten Personen generell höher ist (Bunge 2008, S. 6; Bolte und Kohlhuber 2008). Die Belastung durch Lärm allgemein und insbesondere durch Straßenverkehrslärm im Wohnumfeld ist bei sozial benachteiligten Personen ebenfalls erhöht (ebd.). Menschen mit niedrigerem sozioökonomischem Status haben auch eine größere Fluglärmbelastung (Bunge 2008, S. 6). Überdies findet sich bei Kindern mit einem niedrigen Sozialstatus eine höhere Bleikonzentration im Blut als bei Kindern mit mittlerem und hohem Sozialstatus (Bunge 2008, S. 6). Die Passivrauchbelastung – eine bedeutende Belastung der Innenraumluft – ist in Deutschland generell bei Menschen mit niedrigem sozialem Status stärker ausgeprägt (Bunge 2008, S. 6). Einzeluntersuchungen, zum Beispiel in Berlin zeigen, dass umweltbedingte Mehrfachbelastungen (wie Lärm, Luftschadstoffe, mangelnder Zugang zu Grünflächen, bioklimatische Belastungen) besonders in sozial benachteiligten Gebieten präsent sind, die einen hohen Anteil von Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status aufweisen (z.B. geringes Einkommen, geringe Bildung, hohe Arbeitslosenquote (Bunge et al. 2011). Für Hamburg ist nachgewiesen worden, dass für „Ausländer\*innen“ die Wahrscheinlichkeit, in der Nähe mehrerer emittierender Anlagen zu leben, größer ist als für Menschen ohne Migrationshintergrund (Raddatz/ Mennis 2012). Weitere Untersuchungen stellen heraus, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht nur einer Belastung ausgesetzt sind, sondern auch weniger Zugang zu einer Umweltressource (wie einer Grünanlage) haben. In der Zusammenschau zahlreicher Studien zeigt sich ein Muster von höheren Belastungen und geringeren Ressourcen bei benachteiligter sozialer Lage (Bolte 2018 et al., S. 675).

Auch international bestätigen sich die hier skizzierten Zusammenhänge. Im Bericht zu Krankheitslasten der Lancet Commission on Pollution and Health halten die Autor\*innen fest, dass umweltbezogene Erkrankungen unverhältnismäßig häufig vulnerable und arme Menschen

betreffen, weltweit, aber auch in den reichen Ländern (Bolte et al. 2018). Der Zusammenhang von Luftbelastung und sozialer Lage ist beispielsweise auch für Frankreich (Padilla et al. 2014), Großbritannien und die Niederlande (Fecht et al. 2015), sowie die USA (Clark et al. 2014) nachgewiesen worden. Unstrittig ist ferner der Zusammenhang zwischen globaler Ungleichheit und der Umweltqualität: Luftverschmutzung, Knappheit und Zugang zu Trinkwasser, mangelnde Wasserqualität und Hygiene etc. sind insbesondere in den armen Ländern des Globalen Südens ein Problem.

Nicht bei allen Umweltbelastungen sowie Umwelt-assoziierten Erkrankungen sind sozial Benachteiligte jedoch stärker betroffen. Das Blut von Kindern mit höherem Sozialstatus ist beispielsweise stärker mit chlororganischen Verbindungen (z.B. PCB, DDE) belastet (ebd.). Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus leiden nach Angaben der Eltern auch seltener unter einer atopischen Erkrankung (wie Heuschnupfen, Neurodermitis, Asthma) als Kinder aus Familien mit mittlerem oder hohem Sozialstatus (Bunge 2008, S. 7). Sozial besser gestellte Erwachsene sind zudem stärker mit Quecksilber belastet als sozial schlechter gestellte. Die Zusammenhänge ließen sich nur zum Teil durch Fischverzehr und Amalgamfüllungen erklären (Seiwert et al. 2008, S. 12). Diekmann und Meyer (2010) konnten in ihrer Studie für die Schweiz nachweisen, dass Einkommen und Bildung kein signifikanter Einfluss auf die Umweltbelastungen zukommt, wohingegen vor allem Stadt-Land-Unterschiede von Bedeutung sind. Ulrichs Becks These, wonach Umweltrisiken nicht hierarchisch in der Gesellschaft verteilt sind (s.o.), trifft in dieser Totalität zwar nicht zu, aber gilt durchaus für spezifische Belastungen.

## **Arbeitspaket 2: Sekundärdatenanalyse**

Die im Folgenden dargestellten Sekundärdatenanalysen basieren auf drei Datensätzen. Teil des Forschungsprojektes war zu Beginn zu überprüfen, welcher Datensatz sich besonders gut dafür eignet, die vorliegenden Forschungsfragen zu untersuchen. Dieser Abschnitt präsentiert ausgewählte empirische Befunde für die deutsche Bevölkerung, die auf Basis des European Social Survey (ESS 2016), des GESIS Panels (GESIS Panel 2017/2018/2019) und im Zeitverlauf des Sozioökonomischen Panels (SOEP 2009 bis 2019) gewonnen wurden. Die drei Datensätze haben dabei unterschiedliche Profile:

### *GESIS Panel*

Das GESIS Panel ist eine seit 2014 durchgeführte nationale Mehrthemenbefragung, die am Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften angesiedelt ist. Die Teilnehmer\*innen des Panels werden in einem zweimonatlichen Rhythmus befragt. Das Stichprobenvolumen liegt derzeit bei rund 5.200 Panelist\*innen (bestehend aus drei Kohorten). Der Vorzug des GESIS Panels für unsere Zwecke besteht v. a. darin, dass es einen sehr reichhaltigen Fundus an inhaltlich angemessenen Items bietet, die zudem in jüngerer Zeit erhoben wurden (überwiegend 2019, z. T. auch 2018/2017). Stärken sind auch die umfangreichen Items zu Teilbereichen des Umweltschutzes und des Populismus (z. B. Einstellungen zu Politiker\*innen).

### *European Social Survey (ESS)*

Der ESS ist eine länderübergreifende Mehrthemenbefragung, die seit 2002 zweijährlich in Förderung durch das BMBF (seit 2014) durchgeführt wird. Der Stichprobenumfang für Deutschland beträgt knapp 3.000 Personen. Der ESS ist als Längsschnittstudie konzipiert. Neben thematischen Kernmodulen, die in jeder Welle abgefragt werden, inkorporiert der ESS auch thematische Schwerpunktmodule. Der Nutzen der ESS-Daten liegt v. a. darin, dass im Jahr 2016 eine gesamte Fragebatterie zum Thema „Climate Change“ aufgenommen wurde, die es uns ergänzend zum GESIS Panel erlaubt, spezifische Fragen zum Klimawandel in Augenschein zu nehmen.

### *Sozioökonomisches Panel (SOEP)*

Das SOEP ist eine nationale multithematische Befragung, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung seit 1984 realisiert wird. Das SOEP stellt die für Deutschland längsten Zeitreihen für Paneldaten zur Verfügung. Gegenwärtig nehmen ca. 18.000 Haushalte an der jährlichen Befragung teil. Die Stärke des SOEP in unserem Forschungskontext liegt in erster Linie darin, dass wir einige ausgewählte Variablen in einen größeren Zeithorizont einbinden können. So ist es auch möglich herauszufinden, inwieweit Klimawandeleinstellungen mit rechtspopulistischen Haltungen und Wahrnehmungen sozialer Ungleichheiten seit jeher zusammenhängen und wenn ja, inwiefern Wandlungsprozesse bzw. Dynamiken zu beobachten sind.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Gesamtanzahl der selektierten Variablen differenziert nach Datenquelle.

**Tabelle 2: Vergleich der Datenquellen nach Anzahl ausgeschöpfter Variablen**

	<b>GESIS Panel</b>	<b>ESS</b>	<b>SOEP</b>
	2019 (18/17)	2016	Zeitverlauf
Klimawandel- und Umwelteinstellungen	25 (18)	11	2
(Rechts-)Populismus	38	23	3
Aspekte sozialer Ungleichheit	14	14	5
Gesamtanzahl Variablen	77	48	10

Nicht aufgeführt sind datensatzspezifische sozioökonomische Kontrollvariablen.

Alle drei Datensätze wurden für die Sekundärdatenanalyse genutzt, wobei sich das GESIS Panel am geeignetsten erwies. Umwelt- und Klimawandeleinstellungen konnten insbesondere durch die Verwendung des ESS 2016 und des GESIS Panels facettenreich gemessen werden. Der ESS 2016 ermöglicht schwerpunktmäßig Analysen zum Klimawandel und Klimaschutz. Die thematisch breit gefächerten Dimensionen des GESIS Panels deckten Fragen zum Naturverständnis, zur Umweltkrise, zu Umweltsorgen aber auch zur Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz und Aspekte der Energiewende ab.

### **Themenblock A: Erstarken national-autoritärer populistischer Bewegungen und Parteien** *(Rechts-)populistische Haltungen und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen in der Bevölkerung*

Die Frage, inwiefern sich Menschen mit rechtspopulistischen Haltungen auch ablehnend gegenüber Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes äußern, ist bislang wenig erforscht. Da die Daten des GESIS Panels am aktuellsten (bis 2019) und umfangreichsten sind, findet sich die ausführlichere Darstellung der Befunde zu Themenblock A in Humpert et al. 2021, S. 18-25 sowie in Sommer et al. im Erscheinen, S. 95-130. Die zentralen Befunde auf Basis des ESS 2016 und des SOEP entsprechen dabei den dort publizierten Ergebnisse, welche im Folgenden in Ausschnitten präsentiert werden. Grundsätzlich kann die deutsche Bevölkerung als umwelt-

und klimawandelsensibel beschrieben werden: Nur vier Prozent der Befragten des ESS 2016 bezweifeln, dass es den Klimawandel überhaupt gibt; lediglich fünf Prozent führen den Klimawandel ausschließlich auf natürliche Prozesse zurück. Der teils von rechtspopulistischen Akteuren vorgetragene Leugnung des anthropogenen Klimawandels spielt bei den Menschen im Land bislang kaum eine Rolle. Diese Einigkeit wird jedoch fragil, wenn es um konkrete Politiken zur Bewältigung des Klimawandels geht. Das betrifft z. B. Fragen zur Energiewende (etwa ob erneuerbare Energien ausreichen, um den Energiebedarf zu decken) oder zur Zahlungsbereitschaft (etwa höhere Steuern auf fossile Energieträger zu bezahlen).

### Populismus

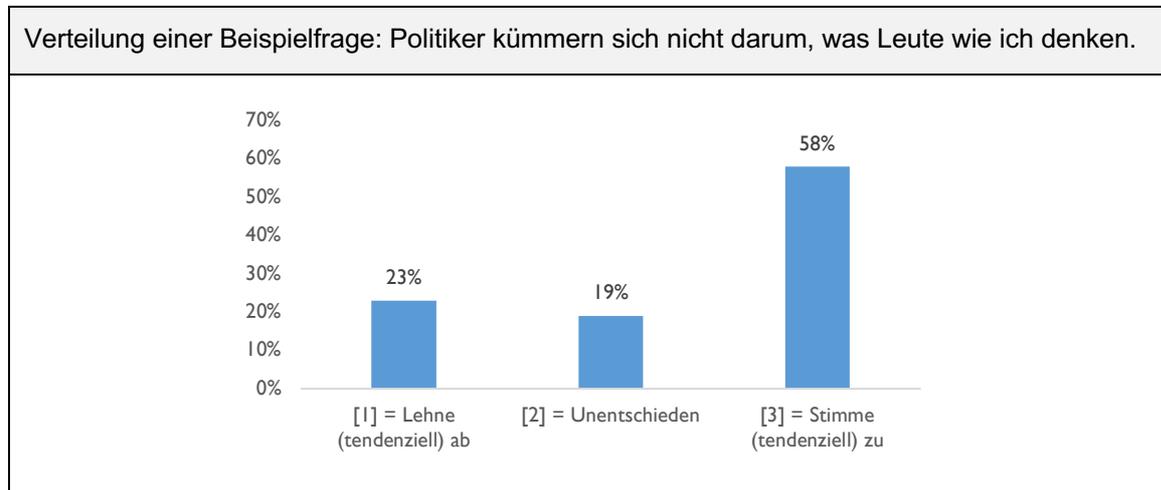
Bei der Betrachtung des Rechtspopulismus wird analytisch unterschieden zwischen einer *vertikalen* Differenzierungslinie populistischer Einstellungen sowie einer *horizontalen* Differenzierungslinie rechter Thematiken. In Abb. 6 und Abb. 8 ist hierbei zu sehen, dass je nach Variablenangebot des Datensatzes die inhaltliche Operationalisierung der Dimensionen unterschiedliche Schwerpunkte setzen musste. Die hier dargestellten Gliederungspunkte ergaben sich aus den in Faktorenanalysen extrahierten Populismus-Faktoren.

<p><b>Elite</b></p>  <p><b>Volk</b></p>	<p><b>GESIS Panel</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anti-Establishment inkl.             <ul style="list-style-type: none"> <li>· Pro-Volkssouveränität</li> <li>· Demokratiezufriedenheit</li> <li>· Institutionenvertrauen</li> </ul> </li> <li>• Anti-Pluralismus</li> </ul>	<p><b>ESS</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Populismus inkl.</li> <li>• Demokratiezufriedenheit (auch SOEP)</li> <li>• Institutionenvertrauen</li> <li>• Partizipationschancen</li> </ul>
--	--	--

**Abbildung 6: Modell der Operationalisierung: Populismus (vertikale Achse)**

Entsprechend der hier aufgeführten Beispielverteilung in Abb. 7 wird deutlich, dass kritische Haltungen gegenüber Politiker\*innen durchaus verbreitet sind: 58 Prozent der Befragten geben

an, dass sich die Politiker\*innen ihrer Meinung nach nicht darum kümmern, was Leute wie sie denken. Ähnliches lässt sich auch im ESS 2016 beobachten. Grundsätzlich sind populistische Einstellungen kein Randphänomen, sondern gesellschaftlich relevant und durchaus verbreitet.



GESIS Panel 2019, n = 4.849. Daten gewichtet. Die originäre 7-stufige Antwortskala wurde reskaliert (1 – 3 = 1; 4 = 2; 5 – 7 = 3).

**Abbildung 7: Politiker\*innen kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken**

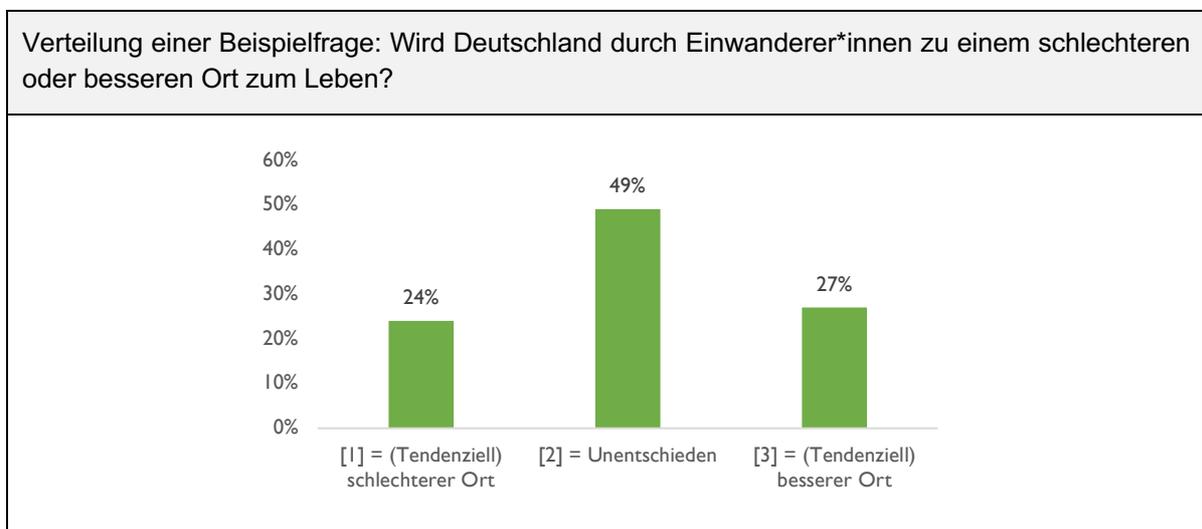
### *Rechte Aufladung des Populismus*

Bezogen auf die horizontale Differenzierungslinie konnte ebenfalls ein breites Themenfeld untersucht werden. So sind z. B. Aspekte nativistischer Haltungen, Einschätzungen zur EU oder Fragen zur Gleichstellung der Geschlechter in die Analyse eingeflossen (Abb. 9). Auch hier ergaben sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen je nach Datensatz.

<p>vs.</p> <p><b>Wir</b> _____ <b>Die</b></p>	<p><b>GESIS Panel</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nativismus</li> <li>• Migration</li> <li>• Flucht &amp; Asyl</li> <li>• Islam</li> <li>• EU-Skeptizismus</li> <li>• Nationalstolz</li> <li>• Autoritarismus</li> <li>• Gender-Aspekte</li> </ul>	<p><b>ESS</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nativismus</li> <li>• Migration</li> <li>• (auch SOEP)</li> <li>• Flucht &amp; Asyl</li> <li>• EU-Skeptizismus</li> <li>• Autoritarismus</li> <li>• Gender-Aspekte</li> </ul>
---	---	--

**Abbildung 8: Modell der Operationalisierung: Rechtspopulismus (horizontale Achse)**

Das nachstehende Säulendiagramm (Abb. 8) macht deutlich, dass in der deutschen Gesellschaft entsprechende Einstellungen verbreitet sind: Lediglich ein Viertel aller Befragten erachtet Einwanderer\*innen als eine Bereicherung. Demgegenüber steht ein weiteres Viertel, das befindet, dass Einwanderer\*innen Deutschland zu einem schlechteren Ort machen. Die Mehrheit ist in dieser Frage unentschieden.

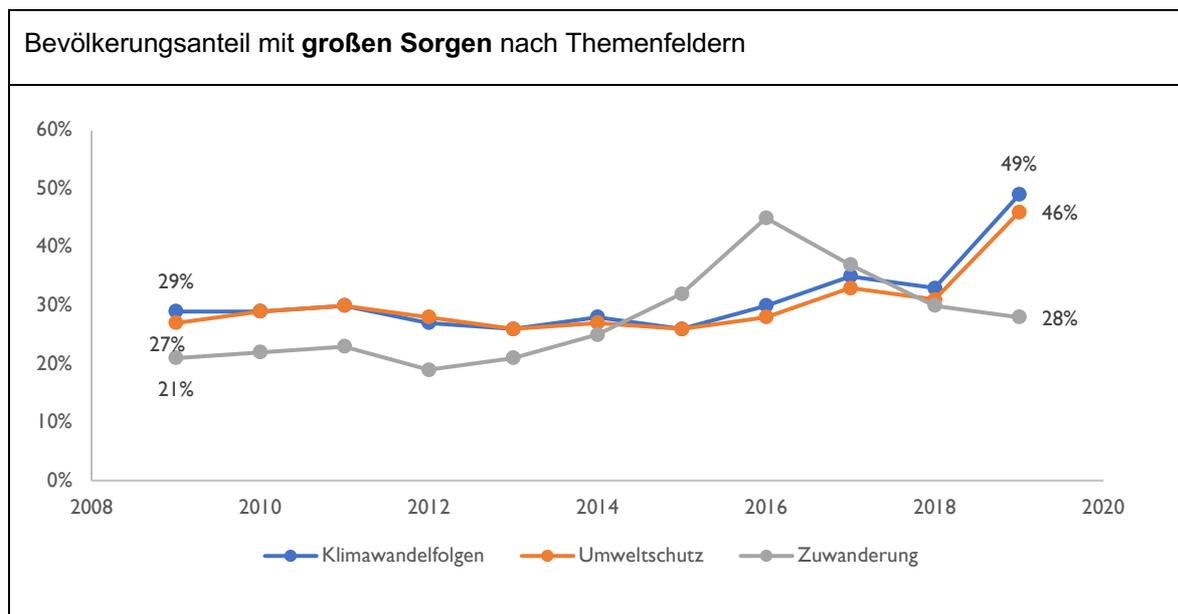


GESIS Panel 2019, n = 4.886. Daten gewichtet. Die originäre 11-stufige Antwortskala wurde reskaliert (0 – 3 = 1; 4 – 6 = 2; 7 – 10 = 3).

**Abbildung 9: Modell des Rechtspopulismus**

### *Eine zunehmende Bedeutung der Phänomene*

Betrachtet man die Sorgen bezüglich des Umweltschutzes und der Klimawandelfolgen auf Basis des SOEP im Zeitverlauf von 2009 bis 2019, dann zeigt sich, dass die Bevölkerung mit immer größerer Sorge auf beide Phänomene blickt (Abb. 10). Auch die Bedenken bezüglich der Zuwanderung nehmen tendenziell zu (wenngleich die Bedenken vor Zuwanderung besonders akut in Reaktion auf die steigenden Zahlen von Asylsuchenden in den Jahren 2015/2016 ausfielen). Die Furcht vor den Klimawandelfolgen und mangelndem Umweltschutz steigen zuletzt besonders an. Im Jahr 2019 artikuliert fast jede zweite Person große Sorgen.



SOEP v.36. Die Fallzahl variiert je nach Welle zwischen 19.000 und 27.000 Personen. Daten gewichtet.

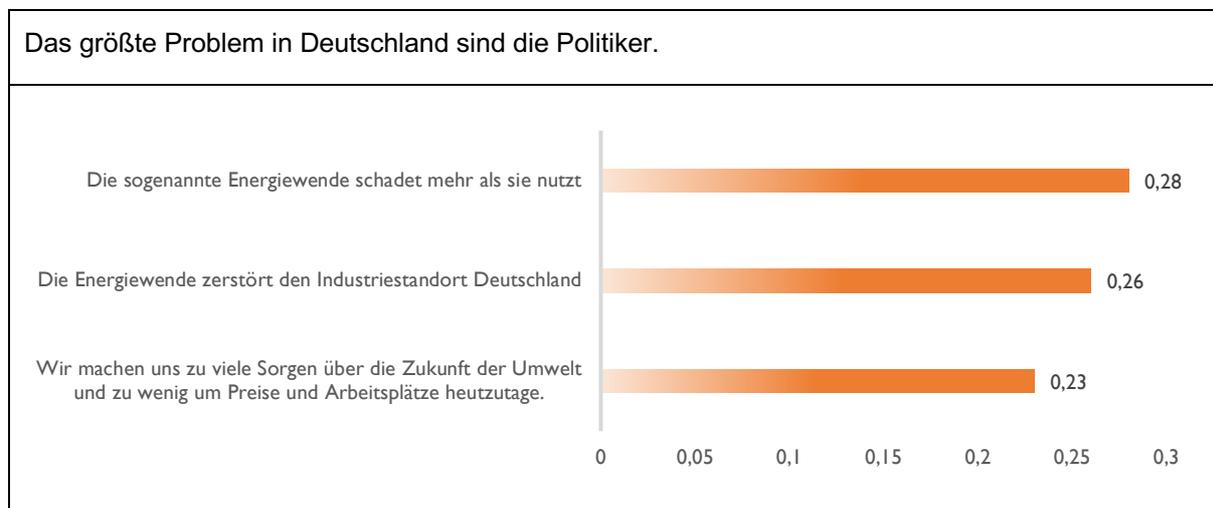
**Abbildung 10: Sorgen im Zeitverlauf**

### *Die Phänomene im Zusammenspiel*

Im Folgenden werden ausgewählte Befunde präsentiert, die die Frage berühren, ob es Zusammenhänge zwischen (rechts-)populistischen Haltungen und Umwelt- u. Klimawandeleinstellungen gibt und wie sich diese darstellen. Zunächst werden Beziehungen zwischen der vertikalen Differenzierungslinie – sprich, der Dimensionen des Populismus beim Rechtspopulismus – und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen betrachtet. Obwohl die Messung des Populismus in Anbetracht der bestehenden Frageformulierungen in den bestehenden

Datensätzen limitiert ist, gibt es aufschlussreiche Hinweise auf bestehende Verbindungslinien. In Abb. 11 sind ausgewählte Variablenpaare, sowie deren betragsmäßige Zusammenhangsstärke, abgetragen.<sup>2</sup> Die dargestellte Variable erreichte im Vergleich zu anderen Populismus-Variablen besonders starke Assoziationen. Es wird erkenntlich, dass die Beziehungen mit Werten von max. 0,28 selbst in dieser Frage nicht sehr stark ausgeprägt sind.

Vergleichsweise starke Korrelationen können wir bezogen auf das Thema der Energiewende beobachten. Je eher eine Person der Auffassung ist, dass die Politiker\*innen das größte Problem in Deutschland sind, desto eher wird die Energiewende als schädlich eingeschätzt (oberer Balken). Dies ist ein Indiz dafür, dass der Energiewende als vermeintliches Elitenprojekt eine Schlüsselfunktion zukommt, da populistische Erzählungen einer korrupten Elite hier erfolgreich andocken können. Zudem haben wir beobachtet, dass immer dann, wenn umweltrelevante Fragen mit sozialen Aspekten verknüpft werden (etwa der Gefährdung von Arbeitsplätzen; unterer Balken) populistische Ansichten besonders stark zum Vorschein kommen. Dies stützt die mögliche Interpretation, dass gerade die Angst potentieller oder drohender sozialer Benachteiligungen geeignet sind, um gegen Politiken der Nachhaltigkeit zu mobilisieren.



GESIS Panel 2017. Die Fallzahl variiert je nach Variablenpaar zwischen 3.400 und 4.000 Personen. Daten gewichtet. Korrelationskoeffizient: Pearsons r.

**Abbildung 11: Populismus und Umwelteinstellungen**

<sup>2</sup> Beträgt der Wert 0 besteht kein Zusammenhang, beträgt er 1, besteht ein sehr starker Zusammenhang.

Stärkere Assoziationen ergeben sich dagegen mit Blick auf Aspekte horizontaler Differenzierungslinien – sprich Einstellung zu einer rechten Aufladung des Populismus. Aus Abb. 12 geht z. B. hervor, dass Menschen, die Flüchtlinge als eine Bedrohung für die Werte in Deutschland einschätzen, auch deutlich häufiger der Ansicht sind, dass die Energiewende den Industriestandort Deutschland zerstört. Herrscht die Vorstellung vor, dass Einwanderer\*innen den Ort an dem man lebt zu einem schlechteren Ort machen, dann sinkt auch die Bereitschaft höhere Preise für den Umweltschutz zu zahlen. Im Vergleich zu den Merkmalen des Populismus erweisen sich im Variablensetting des Rechtspopulismus deutlich mehr Aspekte als einflussreich. Nach migrationsspezifischen Einstellungen spielt auch die Meinung zur Europäischen Union eine entscheidende Rolle bezüglich der Umwelt- und Klimawandeleinstellungen.

Nativismus-Merkmal	Klimawandel-Merkmal	
Flüchtlinge stellen eine Bedrohung für die Werte in Deutschland dar.	Die Energiewende zerstört den Industriestandort Deutschland.	<b>0,40</b>
Wird Deutschland durch Einwanderer*innen zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?	Keine Bereitschaft für höhere Preise für Umweltschutz.	<b>0,32</b>
Flüchtlinge stellen eine Bedrohung für den Wohlstand in Deutschland dar.	Die erneuerbaren Energien sind nicht ausreichend, um ein Industrieland zu versorgen.	<b>0,29</b>

GESIS Panel 2019. Die Fallzahl variiert je nach Variablenpaar zwischen 4.800 und 4.900 Personen. Daten gewichtet. Korrelationskoeffizient: Pearsons r.

### **Abbildung 12: Rechtspopulistische Einstellungen und Umwelteinstellungen**

Die ausgewerteten Daten zeigen insgesamt, dass Umwelt- und Klimawandeleinstellungen durchaus auch davon geprägt sind, ob populistische oder rechts(-populistische) Einstellungen geteilt werden. Multivariate Analysen verwiesen dabei auch auf einen stärkeren Effekt durch die rechte Aufladung des Populismus als durch einen ‚reinen‘ Populismus (GESIS Panel, vgl. Sommer et al. im Erscheinen, S. 120ff.). Auf Datengrundlage des ESS 2016<sup>3</sup> zeigte sich

<sup>3</sup> Die Varianzaufklärung fiel dabei geringer aus als im GESIS Panel und auch die mittleren Steigungskoeffizienten waren niedriger.

ebenfalls, dass populistische Haltungen schwächer auf Klimawandel- und Umwelteinstellungen einwirken als rechtsideologische Komponenten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das in Tabelle 3 dargestellte dimensionale Aggregat des korrigierten R<sup>2</sup> sogleich die z. T. sehr unterschiedliche Erklärungsleistung einzelner Umwelt- und Klimafragen durch (Rechts-)Populismus-assoziierte Merkmale verdeckt. Die Ergebnisse der multivariaten Analysen müssen daher mit Vorsicht interpretiert werden.

**Tabelle 3: Regressionsmodell vertikaler und horizontaler Merkmale im Aggregat (ESS 2016)**

Dimensionen der Klimawandel- und Umwelteinstellungen	Populismus <sup>1</sup>	Rechtspopulismus			R <sup>2</sup>
	Populismus-Faktor	Nativismus-Faktor	Gender-Faktor	Autoritarismus	
Subjektive Umweltsensibilität	0,07	0,18	0,05	0,12	4 %
Haltung bzgl. Klimawandel	0,05	0,07	0,15	0,02	5 %
Einst. Klimaschutzpolitiken	0,05	0,13	0,10	0,03	6 %
Wirksamkeitsantizipation	0,21	0,10	0,08	0,03	8 %
<b>Dimensionales Mittel, Beta</b>	<b>0,08</b> (0,09)	<b>0,10</b> (0,18)	<b>0,11</b> (0,17)	<b>0,03</b> (0,06)	

Datenbasis: ESS 2016. Fälle: ca. 2.500. Alle Beta-Werte > 0,04 sind auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Alle Regressionsmodelle sind auf dem 0,1-Prozent-Niveau signifikant. Die Vorzeichen wurden aus Übersichtlichkeitsgründen an dieser Stelle weggelassen. Daten gewichtet.

<sup>1</sup> Die hier aufgeführten Faktoren sind das Ergebnis explorativer Faktorenanalysen. Der Populismus-Faktor setzt sich aus den Subdimensionen Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Mitbestimmungschancen zusammen; der Nativismus-Faktor aus Variablen zu den Subdimensionen Migration, Flucht und Asyl und EU-Skeptizismus; der Gender-Faktor besteht aus Variablen zu den Subdimensionen Geschlechterrollen und Homosexualität. Den Autoritarismus messen wir über lediglich eine Variable, die nicht faktorisiert werden konnte.

Ein ESS-spezifisches Muster ist, dass jede der vier (Rechts-)Populismus-Dimensionen mit einer bestimmten Umwelt- bzw. Klimadimensionen besonders stark interagiert:

Diejenigen, die mit der Demokratie zufrieden sind und den (politischen) Institutionen (etwa Parteien) vertrauen, sind auch der Ansicht, dass der Klimawandel durch politisches Handeln gebremst werden kann. Diejenigen, die nativistische Haltungen teilen, schätzen sich selbst als weniger umweltsensibel ein und lehnen auch Klimaschutzpolitiken deutlicher ab. Diejenigen, die

an tradierten Geschlechterverständnissen festhalten, schätzen die Problematik des Klimawandels geringer ein und zweifeln generell daran, ob sich das Klima verändert, und wenn ja, welche Ursachen das hat.

Interessanterweise erweist sich die Gender-Dimension in ihrer Erklärungskraft als gleichwertig mit dem Nativismus-Faktor; anders als im GESIS Panel, wenngleich eine Ursache darin liegt, dass die hier genutzten Gender-Variablen deutlich schwächer mit dem Nativismus verbunden sind, also weniger Varianz auspartialisiert werden kann als beim Autoritarismus oder EU-Skeptizismus, auch, weil die Fragen inhaltlich nicht deckungsgleich sind.

Grundsätzlich wurde bei den Analysen beider Datensätze (GESIS und ESS) erkennbar, dass die Verbindungslinien zwischen rechten Haltungen und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen stärker sind als die Verbindungslinien zu populistischen Haltungen. Die geteilten Positionen entsprechender Bevölkerungsteile müssen jedoch nicht deckungsgleich mit den Haltungen (rechts-)populistischer Akteure sein (siehe Befunde aus Arbeitspaket 1). Ein prägnantes Beispiel ist hierbei etwa der bislang nur gering ausgeprägte Klimawandelskeptizismus in der deutschen Bevölkerung.

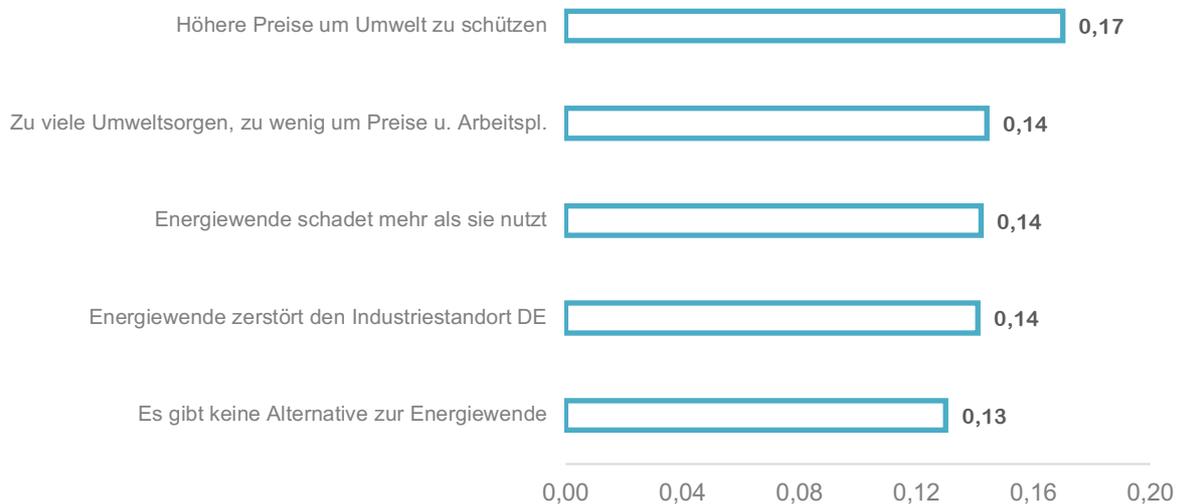
## **Themenblock B: zunehmende soziale Disparitäten und neue Formen der sozialen Ungleichheit**

### *Soziale Ungleichheit und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen in der Bevölkerung*

Die Frage, inwiefern sich Menschen mit niedrigem sozialen Status anders gegenüber Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes äußern, ist für verschiedene spezifische Fragestellungen erforscht. Es gibt aber weiterhin Forschungslücken (vgl. Schad 2017). Die zentralen Befunde zu Dimensionen sozialer Ungleichheit – auf Basis des GESIS Panels und ESS 2016 – werden im Folgenden in Ausschnitten präsentiert. Bei der Analyse wurden vier Unterdimensionen sozialer Ungleichheit genauer betrachtet: *die ökonomische Lage, Prekarisierungserfahrungen, die subjektive Bewertung der Lebenssituation sowie grundsätzliche Einstellungen zu sozialer Ungleichheit.*

### Ökonomische Lage

Es zeigt sich, dass die Beziehung zwischen dem Einkommen und Klimawandel- und Umwelteinstellungen eher schwach ausgeprägt ist, wenngleich sich auch Unterschiede ergeben. Während die Höhe des Einkommens nur einen marginalen Einfluss auf grundlegende Haltungen gegenüber dem Klimawandel hat, zeichnen sich (zumindest im GESIS Panel) etwas stärkere Verbindungslinien in Bezug auf die Zahlungsbereitschaft oder die relativen Umweltsorgen ab, etwa in der Form, dass mit geringeren Einkommen auch die Zahlungsbereitschaft sinkt. Die im Folgenden präsentierten fünf Variablenpaare des GESIS Panels interagierten am deutlichsten mit der ökonomischen Lage.



**Abbildung 13: Einkommenssensitive Klimawandel- und Umwelteinstellungen (GESIS Top 5)**

Datenbasis: GESIS Panel. Fälle: ca. 3.500, variiert je nach Variablenpaar. Alle Koeffizienten sind auf dem 0,1-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Daten gewichtet.

Wenig überraschend interagiert das Einkommen am stärksten mit Fragen nach höheren Preisen und der Sorge darüber, dass Aspekte von Preiserhöhungen und Arbeitslosigkeit durch das Verfolgen von Umweltpolitiken nicht genügend berücksichtigt werden. Insgesamt macht Abb. 13 aber auch deutlich, dass die (direkten) Zusammenhänge, bis auf wenige Ausnahmen, überwiegend schwach sind. Sogleich ist methodenkritisch anzumerken, dass die Einkommensvariablen in beiden untersuchten Datensätzen Schwächen aufweisen. Das Einkommen

wird (aus plausiblen Gründen) lediglich in Einkommenskategorien erhoben. Wer sich im Rahmen der GESIS Befragung bspw. Einkommensklasse 5 zuordnet, verfügt über ein Haushaltsnettoeinkommen im Spektrum zwischen 2.300 Euro u. 3.200 Euro. Dadurch wird die Messung ungenau und die Aussagekraft der Variablen geschmälert.

### *Prekarisierungserfahrungen*

**Tabelle 4: Prekarisierungserfahrungen und Umwelt- und Klimawandeldimensionen (ESS 2016)**

Umwelt- u. Klimadimension	Befristung	Wahrscheinlichkeit Arbeitsplatzverlust, nächste 12 Monate	Erfahrung Arbeitslosigkeit, letzte 5 Jahre	Erfahrung Arbeitslosigkeit, länger als 3 Monate
Einschätzung persönliche Umweltsensibilität	0,06	0,02	0,06	0,05
Allgemeine Haltungen bzgl. Klimawandel	0,05	0,03	0,02	0,02
Einstellungen konkrete Klimaschutzpolitiken	0,06	0,03	0,04	0,03
Wirksamkeitsantizipation bzgl. Klimaschutz	0,05	0,03	0,05	0,04

Datenbasis: ESS 2016, Fallzahl: 2.500, Koeffizienten größer 0.4 (ESS) sind auf dem 0,1-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Werte entsprechen dem mittleren r-Werten im dimensionalen Aggregat. Daten gewichtet.

Noch deutlicher als beim Einkommen zeigt sich, dass die hier betrachteten beruflichen Merkmale, die Rückschlüsse auf Prekarisierungserfahrungen zulassen, nahezu unverbunden neben Klimawandel- und Umwelteinstellungen stehen. Weder im GESIS Panel noch im ESS (siehe Tab. 4) erreichen dimensionale Mittelwertkoeffizienten größere Werte als 0,08; die Mehrzahl liegt unter 0,05 und ist damit statistisch irrelevant. Während im GESIS Panel noch am ehesten die Sorge vor Arbeitsplatzverlust erwartungsgemäß mit der Dimension relativer Umweltsorgen im Vergleich zu Sorgen um Arbeitsplätze korrespondiert, stehen sich im ESS die Befristung und die Einstellungen zu konkreten Klimaschutzpolitiken vergleichsweise nahe; wengleich ein r-Wert von 0,06 nicht überschätzt werden darf. Auch wenn die Zusammenhänge

nur schwach sind zeigt sich ein Muster, dass Aspekte prekärer Beschäftigung, wenn überhaupt, mit konkreten Politiken wie Preis- oder Steuererhöhungen assoziiert sind, nicht jedoch mit grundlegenden Haltungen zum Klimawandel bzw. zur Umweltkrise oder Fragen der Energiewende. Eine unsichere berufliche Lage geht also mit höheren Ablehnungswerten ökonomischer Mehrbelastungen einher, was durchaus die These stützt, dass ökonomische Verwundbarkeit mit Klimawandeleinstellungen zusammengedacht werden können, wenngleich es sich um schwache Beziehungen handelt.

### *Subjektive Bewertung der Lebenssituation*

In Relation zu Einkommen und Prekarisierungserfahrungen hat die subjektive Bewertung der Lebenssituation (hier auf Basis des GESIS Panels) zumindest in Teilen einen etwas stärkeren Effekt auf Klimawandel- und Umwelteinstellungen. Die Bewertung der finanziellen Lage als eher negativ führt auch zu einer geringeren Zahlungsbereitschaft. Auffällig ist zudem, dass mit Blick auf Fragen der sozialen Anerkennung (untersucht im Aggregat) das Gefühl von Ausgeschlossenheit aus der Gesellschaft durchaus, wenn auch meist schwach, mit Klimawandel- und Umwelteinstellungen korrespondiert, auch stärker als die mangelnde Anerkennung, die dezidiert berufsbezogen ist. Auch Tabelle 5 bestätigt diesen Befund, wonach die Frage der empfundenen Ausgeschlossenheit die stärksten korrelativen Beziehungspaare bildet.

**Tabelle 5: Zentrale Variablenpaare; subjektive Indikatoren und Klimawandel- und Umwelteinstellungen (GESIS Top 5)**

Subjektive Indikatoren	Items der Klimawandel- und Umwelteinstellungen	r-Wert
1. Unzufriedenheit finanzielle Situation	+ Höhere Preise für Umweltschutz	<b>0,18</b>
2. Gefühl der gesellschaftlichen Ausgeschlossenheit	+ Energiewende schadet mehr als sie nutzt	<b>0,14</b>
3. Gefühl der gesellschaftlichen Ausgeschlossenheit	Energiewende zerstört Industriestandort Deutschland	<b>0,14</b>
4. Gefühl der gesellschaftlichen Ausgeschlossenheit	Zu viele Sorgen um Umwelt, anstatt um Preise u. Arbeitslosigkeit	<b>0,13</b>
5. Gefühl der gesellschaftlichen Ausgeschlossenheit	+ Höhere Preise für Umweltschutz	<b>0,13</b>

Datenbasis: GESIS Panel 2019. Fälle: ca. 4.000 – 4.600; variiert je nach Variablenpaar, r-Werte auf dem 0,1-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Daten gewichtet.

Je eher sich Menschen ausgeschlossen fühlen, desto eher lehnen sie auch Preiserhöhungen im Namen des Umweltschutzes ab oder kritisieren die Energiewende grundlegend. Das ausgerechnet die zwei Energiewende-Items hervorstechen, die bereits beim (Rechts-) Populismus die auffälligsten waren, ist ein Indiz dafür, dass die objektive und subjektive Lage nicht zwingend ‚hinter‘ den Umwelteinstellungen steht, sondern indirekt vermittelt wird über (rechts-)populistische Affinitäten. Grundsätzliche Haltungen bzgl. der globalen Ökokrise stehen in keiner systematischen Beziehung zu Einschätzungen und Wahrnehmungen der individuellen Lebenssituation im übergreifenden Sinne.

#### *Einstellungen zu sozialer Ungleichheit*

Schließlich wurden die Zusammenhänge zwischen allgemeinen Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Klimawandel- und Umwelteinstellungen betrachtet. Zwar sind auch auf dieser Ebene die Variablen in beiden Datensätzen nicht kongruent, aber aus beiden Datensätzen lassen sich zumindest für die drei thematischen Subdimensionen geeignete Variablen fruchtbar

machen, die einen Vergleich durchaus ermöglichen: eine Bewertung des Ungleichheitsniveaus, Ungleichheitsaffirmationen und Haltungen zum Wohlfahrtsstaat.

In Kontrast zu bisherigen Aspekten sozialer Ungleichheit zeigen sich mit Blick auf die Einstellungsebene die stärksten Zusammenhänge. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Affirmation sozialer Gleichheit mit einer erhöhten Umweltsensibilität bzw. erhöhten Klimawandelsorgen einhergeht. Personen, die das gegenwärtige Ungleichheitsniveau eher kritisch bewerten – die z. B. das Leistungsprinzip als Gerechtigkeitsprinzip tendenziell in Frage stellen und die den Wohlfahrtsstaat positiv bewerten – haben ebenso ein erhöhtes Bewusstsein bzgl. der ökologischen Krise, tragen höhere Umweltsorgen mit sich, sind eher zahlungsbereit und bewerten die Energiewende positiv. Dies bestätigt sich in beiden Datensätzen. In den GESIS-Daten<sup>4</sup> lässt sich folgendes Verteilungsmuster erkennen:

- Diejenigen, die die gegenwärtigen sozialen Unterschiede ungerecht finden (hier: Bewertung Ungleichheitsniveau), haben ein besonders ausgeprägtes ökologisches Krisenbewusstsein. Das bedeutet umgekehrt, dass Personen, die die sozialen Unterschiede als gerecht empfinden, zuversichtlicher mit Blick auf die Ökokrise sind, in dem sie beispielsweise häufiger angeben, dass das Gleichgewicht der Natur stabil sei.
- Diejenigen, die soziale Ungleichheit nicht problematisieren – etwa in dem sie sagen, dass Rangunterschiede zwischen Menschen akzeptabel sind (hier grundsätzliche Ungleichheitsaffirmation) – relativieren die Umweltsorgen stärker als die Vergleichsgruppe.
- Jene Befragungspersonen, die Steuererleichterungen dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates vorziehen, zeigen erhöhte Ablehnungswerte bzgl. höher Preise oder Steuern für den Umweltschutz.

Dies kann in Tab. 6 anhand besonders auffälliger Variablenpaare illustriert werden:

---

<sup>4</sup> Im ESS 2016 hingegen lassen sich zwischen den drei Ungleichheitsdimensionen nur minimale Differenzen detektieren, wenngleich auch hier deutlich wird, dass Personen, die Einkommensunterschiede als akzeptabel erachten, dem Klimawandel grundlegend weniger besorgt gegenüberstehen und ihm z. B. auch positive Effekte zuschreiben.

**Tabelle 6: Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Klimawandel- und Umwelteinstellungen (GESIS Top 4)**

	Einstellungen zu sozialer Ungleichheit		Items der Klimawandel- und Umwelteinstellungen	r-Wert
1.	Präferenz geringere Steuern, anstatt Ausbau Sozialstaat	+	Ablehnung höhere Steuern für Umweltschutz	<b>0,28</b>
2.	Rangunterschiede zwischen Menschen sind akzeptabel	+	Die Umweltkrise wird stark übertrieben	<b>0,21</b>
3.	Rangunterschiede sind im Großen u. Ganzen gerecht		Das Gleichgewicht der Natur ist stabil	<b>0,21</b>
4.	Rangunterschiede zwischen Menschen sind akzeptabel	+	Große Kraftwerke sind unerlässlich	<b>0,21</b>

Datenbasis: GESIS Panel 2018. Fälle: ca. 4.100; variiert je nach Variablenpaar, r-Werte auf dem 0,1-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Daten gewichtet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass einzelne Aspekte sozialer Ungleichheit sehr wohl mit Klima- und Umwelteinstellungen zusammenhängen. Ein pauschaler Zusammenhang lässt sich empirisch jedoch nicht abbilden. Dabei unterscheiden sich zwei Dimensionen voneinander: Auf der einen Seite beobachten wir auf der Einstellungsebene, dass Menschen, die soziale Ungleichheiten problematisieren und für eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands plädieren, auch eher klimawandel- und umweltsensibel eingestellt sind. Umgekehrt schließen wir daraus, dass Menschen, die eine ungleiche Stratifizierung präferieren, weniger klimawandel- und umweltsensitiv eingestellt sind. Auf der anderen Seite sehen wir auf Basis der vorliegenden Datensätze auf Ebene der subjektiven Erfahrungen von struktureller Ungleichheit (z. B. finanzielle Nöte oder prekäre Beschäftigung), dass diese nur schwach mit Klimawandel- und Umwelteinstellungen assoziiert sind. Dabei beobachten wir aber auch, dass z. B. Menschen, die mit ihrer finanziellen Situation unzufrieden sind, weniger bereit sind höhere Preise für den Umweltschutz zu zahlen. Diese Wahrnehmungen decken sich mit den oben skizzierten Befunden der Forschung.

### *Themenblock A und B im empirischen Licht*

Die der Pilotstudie zugrundeliegende Annahme, dass sowohl Themenfeld A und B eine Rolle in Bezug auf Klimawandel- und Umwelteinstellungen spielen und als Fazilitator und Divisor einer sozial-ökologischen Transformation wirken können, findet auf Grundlage der vorliegenden empirischen Analyse Unterstützung. Die hier untersuchten Fragestellungen ließen sich am besten mit den GESIS Panel untersuchen. Da Sekundärdatenanalysen immer mit einer Reihe von Einschränkungen zu kämpfen haben, wäre weitere tiefergehende empirische Analysen und Primärerhebungen von Nöten (vgl. zur möglichen Erweiterung der Umweltbewusstseinsstudien: Sommer et al. 2021).

### **Arbeitspaket 3: Aufbereitung der Ergebnisse für politische Entscheidungsträger und die interessierte Öffentlichkeit**

Die Ergebnisse der Pilotstudie sind in der Broschüre *Auf Kosten des Volkes. Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt* für politische Entscheidungsträger und die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet werden (Humpert et al. 2021; siehe Anlage). Ein besonderer Fokus der Broschüre liegt auf der Darstellung des Verhältnisses von nationalistisch-populistischen Einstellungen und Positionen zu Fragen des Klimaschutzes und Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit, ihre sozial-strukturellen Zusammenhänge, Determinanten und Verursachungszusammenhänge. Weiter werden die in der Literatur identifizierten Handlungsperspektiven präsentiert und diskutiert. Anstelle der für Februar 2021 geplanten Transferveranstaltung in Berlin ist aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen für Präsenzveranstaltungen mit Unterstützung eines externen Dienstleisters ein Podcast entwickelt worden, der die Ergebnisse des Projektes kompakt und allgemein verständlich präsentiert. Der Podcast kann über alle einschlägigen Plattformen sowie die folgende Webseite bezogen werden: <https://ponn.vms-entwicklung.de/>

## **2. Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises**

Das Projekt PONN wurde mit insgesamt 182.523,46 Euro gefördert. Der weit überwiegende Teil des Förderbetrags wurde für Personalmittel verwendet. Ebenfalls in der Förderung enthalten

waren Mittel für die Produktion der Broschüre sowie weitere Publikationsausgaben (Open Access), Reisekosten sowie Mittel für die Organisation von Veranstaltungen. Die Mittel für die geplante Abschlusstagung sind aufgrund der Corona-Pandemie für die Produktion eines Podcasts verwendet worden, der zentrale Forschungsergebnisse präsentiert (s.o.).

### **3. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit**

Die durchgeführten Arbeiten waren notwendig und angemessen, da bislang keine systematische Erfassung des Forschungsstandes des Verhältnisses von Rechtspopulismus und sozial-ökologischen Fragestellungen vorlag. Auch das Wissen zum Verhältnis von neuen Formen der sozialen Ungleichheit auf der einen sowie Umweltbewusstsein und -verhalten auf der anderen Seite ist noch begrenzt. Gleichzeitig ist dieses Wissen für die wissenschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Debatten rund um eine sozial-ökologische Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit hoch relevant. Bei den durchführenden Institutionen – der Europa-Universität Flensburg sowie der Technischen Universität Dortmund – waren keine Eigenmittel vorhanden, um eine enstprechendere Untersuchung durchzuführen.

### **4. Voraussichtlicher Nutzen, insbesondere Verwertbarkeit des Ergebnisses im Sinne des Verwertungsplans**

#### Wirtschaftliche Erfolgsaussichten mit Zeithorizont (einschließlich „gesellschaftlicher Nutzen“):

Die Pilot-Studie PONN hatte keine kommerzielle Verwertung der Ergebnisse zum Ziel. Es ist aber von einem „gesellschaftlichen Nutzen“ der PONN-Studie auszugehen. Die Inhalt der Studie – sowohl das Verhältnis von Rechtspopulismus und Fragen des Klimaschutzes als auch auch neue soziale Disparitäten und Klimapolitik – haben in den vergangenen Jahren an gesellschaftlicher Relevanz gewonnen. Bisher existierten zu diesem Themengebieten kaum systematische Studien. Dadurch dass die Ergebnisse der Studie für ein breites Publikum aufbereitet wurden und auch in überregionalen Medien (wie *tagesschau.de* oder *die tageszeitung*) über sie berichtet wurde, konnte eine vergleichsweise große Öffentlichkeit erreicht werden.

#### Wissenschaftliche und/oder technische Erfolgsaussichten mit Zeithorizont:

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes PONN wurden bzw. werden in unterschiedlichen Veröffentlichungsorganen publiziert. Im März 2022 erscheint im Münchener oekom-Verlag als 9. Band der Reihe „Transformationen“ die Monographie *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze* (siehe Druckfahnen des Manuskript anbei). Die Publikation fasst auf 170 Seiten die zentralen Befunde des Projektes zusammen. Sie stellt im deutschsprachigen Raum die erste Monographie zum Thema dar. Entsprechend ist davon auszugehen, dass sie eine vergleichsweise große Aufmerksamkeit findet.

#### Wissenschaftliche und wirtschaftliche Anschlussfähigkeit:

Bislang existierten nur wenige umfassende Studien, die die Phänomenbereiche „Rechtspopulismus“ sowie „Klimawandel und Klimaschutz“ zusammen betrachten. So fanden bis vor kurzer Zeit in der Forschung zum Rechtspopulismus Themen wie Klimawandel oder Umweltschutz überhaupt keine Beachtung (Malm und Zetkin Collective 2021, S. IX f.). Umgekehrt ist es so, dass Erörterungen zur Bewältigung der bestehenden ökologischen Krisen und deren gesellschaftlichen Voraussetzungen, den erstarkenden Rechtspopulismus bislang weitgehend ausblenden. In diesem Sinne kann von einem „doppelten Desiderat“ gesprochen werden (Sommer et al. 2021, S. 62): Der Rechtspopulismus wird in der interdisziplinären Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung kaum berücksichtigt und zugleich behandeln Arbeiten zum Thema Rechtspopulismus kaum Klima- und Umweltthemen. Die Ergebnisse der PONN-Studie leisten einen substanziellen Beitrag, diese doppelte Forschungslücke zu schließen. Gleichzeitig bilden sie die Grundlage für darauf fußende weitere Forschungen.

### **5. Während der Durchführung des Vorhabens bekannt gewordener Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen**

Zu Projektbeginn existierten nur wenige Studien zum Themenfeld des PONN-Projektes. Im Projektverlauf wurde aber deutlich, dass es sich aufgrund der Virulenz des Themas um ein äußerst dynamisches Forschungsfeld handelt. Bei den meisten Veröffentlichung handelt es sich aber in der Regel um Einzelstudien, die quantitative Repräsentativdaten statistisch auswerten. Im Jahr 2021 haben Andreas Malm und das Zetkin Collective das Buch *White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Fascism* veröffentlicht, das ebenfalls dem Zusammenhang von

Klimawandel, Klimaschutz und einer erstarkenden populistischen und extremen Rechten nachspürt. Die bislang nur in englischer Sprache veröffentlichte Studie hat aber einen anderen Fokus. So werden neben rezenten Entwicklungen sowohl der historische Zusammenhang von Rassismus und dem Entstehen des fossilen Kapitalismus rekonstruiert als auch Szenarien der Entstehung eines „fossilen Faschismus“ erörtert.

## **6. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse**

### **Bereits erfolgte wissenschaftliche Veröffentlichungen**

Sommer, Bernd/Schad, Miriam/Möstl, Christian/Humpert, Franziska/Kadelke, Philipp: Rechtspopulismus als Desiderat der sozial-ökologischen Transformationsforschung. In: *GAIA* 30 (1), 62-64.

### **Vorstellung der Ergebnisse auf eigenen Veranstaltungen**

Aufgrund der Corona-Pandemie hat die geplante Abschluss- und Transferveranstaltung des Projektes nicht stattgefunden. An ihrer Stelle ist mit Unterstützung eines externen Dienstleisters ein Podcast produziert worden, der die Ergebnisse des Projektes kompakt und allgemein verständlich präsentiert. Der Podcast kann über alle einschlägigen Plattformen sowie die folgende Webseite abgerufen werden: <https://ponn.vms-entwicklung.de/> (siehe hierzu auch Ausführungen zu Arbeitspaket 3 oben).

### **Beiträge bei Konferenzen, Workshops, Kolloquien, etc.**

#### Termine 2021

Panel: Rechtspopulismus und die Natur

Datum: 14. September 2021, 16:30-18:00

Ort: 28. Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) „Wir haben die Wahl! Politik in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung, Online.

Mit: Bernd Sommer, Tobias Haas, Konstantin Veit, Aron Buzogány, Astrid Gläsel, Maria Proestou, Jörg Kemmerzell und Veith Selk

Vortrag: Rechtspopulistische Perspektiven auf Klima- und Umweltschutz

Datum: 30.06.2021, 18:00-20:00 Uhr

Ort: Veranstaltung der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) zum Thema „Postwachstumsdiskurs und Rechtspopulismus“, Online

Mit: Christian Möstl

Vortrag: Rechtspopulismus als Desiderat in der sozial-ökologischen Forschung

Datum: 26.05.2021, 14.15-15.45 Uhr

Ort: Soziologisches Kolloquium des Instituts für Soziologie (IfS) an der Universität Duisburg-Essen, Online

Mit: Miriam Schad

### Termine 2020

Impulsbeitrag für den 8. Großen Konvent der Schader-Stiftung im Dialog-Café: "Ich, Du und die Anderen: Selbstbilder, Fremdbilder, Feindbilder"

Datum: 06.11.2020, 16:00

Ort: Schrader-Stiftung, Goethestr. 2, Darmstadt und Online

Mit: Christian Möstl

Vortrag: Bekannte Befunde und neue Einsichten: Nachhaltigkeit und nationaler Populismus

Datum: 21.09.2020, 10:00-13:00

Ort: 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie „Gesellschaft unter Spannung“, Online

Mit: Philipp Kadelke, Miriam Schad, Bernd Sommer

### **Presseveröffentlichungen auf Grundlage von Projekt-Inputs**

- Rechtspopulismus und Klimaschutz, Interview mit Miriam Schad und Philipp Kadelke, mundo — 32/2021.
- Klimaschutz als „Kulturkampf“, tagesschau.de, 1. Dezember 2021.
- Studie zur Klimapolitik der AfD: Warten auf die Spaltung, taz, 24. September 2021.

- Klimastreik und Bundestagswahl - Jung gegen Alt?, Deutsche Welle (DW), 23. September 2021.
- Rechtspopulismus und seine Folgen für den Klimaschutz, idw – Informationsdienst Wissenschaft, 21. September 2021.
- Wie wirkt sich soziale Spaltung auf Nachhaltigkeit aus?, Flensburger Tageblatt, 14. September 2021.
- Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit, idw – Informationsdienst Wissenschaft, 3. September 2020.

## **Mit dem Projekt verbundene Qualifizierungsarbeiten**

### **Bachelor- und Masterarbeiten**

BA European Cultures & Society, Europa-Universität Flensburg: Villő Erzsébet Geszler, “Right-Wing Populism and Climate Change Denialism in the Case of Hungary” (betreut durch Bernd Sommer & Christian Möstl)

### **Austausch und Kooperation, Transfer von Forschungsergebnissen, Öffentlichkeitskommunikation**

Zur Qualitätssicherung ist im Rahmen des Projektes eigens ein Expert\*innenworkshop durchgeführt worden, in dem die vorläufigen Ergebnisse mit verschiedenen Kolleg\*innen diskutiert worden sind, die zu den Themen Rechtspopulismus und/oder Fragen des Klima- und Umweltschutzes sowie Methoden der quantitativen Sozialforschung arbeiten. Das Workshopprogramm ist als Anlage 5 diesem Bericht angehängt. Konkret waren dies (in alphabetischer Reihenfolge), Dennis Eversberg (Universität Jena), Beate Küpper (Hochschule Niederrhein), Christiane Lübke (Universität Duisburg-Essen), Fritz A. Reusswig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) sowie Axel Salheiser (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena). Darüber hinaus erfolgte der Austausch zu den Projektergebnissen auf verschiedenen Fachkongressen wie dem 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) „Gesellschaft unter Spannung“ und dem 28. Kongress der Deutschen

Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) „Wir haben die Wahl! Politik in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung“, die beide online stattfanden.

Die Ergebnisse sind auch einem breiteren Publikum aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft vorgestellt worden. So zum Beispiel auf dem 8. Großen Konvent der Schader-Stiftung zum Thema „Ich, Du und die Anderen: Selbstbilder, Fremdbilder, Feindbilder“ (November 2020) oder beim „VÖÖ-Palaver“ der Vereinigung für Ökologische Ökologie (Juni 2021).

Die zentralen Formate der Öffentlichkeitskommunikation waren aber die entsprechend gesaltete und geschriebene Handreichung *Auf Kosten des Volkes. Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt* (Humpert et al. 2021; siehe Anlage) sowie der PONN-Podcast (<https://ponn.vms-entwicklung.de/>; siehe Ausführungen zu Arbeitspaket 3 oben).

### **Geplante Veröffentlichungen**

Im März 2022 erscheint im Münchener oekom-Verlag als 9. Band der Reihe „Transformationen“ die Monographie *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze* (siehe Druckfahnen des Manuskript anbei).

## Literaturverzeichnis

- 1) Beck, U. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- 2) Beiser-McGrath, L. F., R. A. Huber. 2018. Assessing the relative importance of psychological and demographic factors for predicting climate and environmental attitudes. *Climatic Change* 149/3-4: 335–347.
- 3) Boardman, B. 1991. *Fuel Poverty: From Cold Homes to Affordable Warmth*. London: Belhaven Press.
- 4) Böhme, C., Preuß, T., Bunzel, A., Reimann, B., Seidel-Schulze, A., Landua, D. 2015. *Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen*. Umwelt & Gesundheit 1/2015, Dessau: UBA.
- 5) Böhme, C., Franke, T., Preuß, T. 2019. *Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen*. Umwelt & Gesundheit 2/2019, Dessau: UBA.
- 6) Bolte, G., Kohlhuber, M. 2008. *Untersuchung der Beiträge von Umweltpolitik sowie ökologischer Modernisierung zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland und Weiterentwicklung des Konzeptes der ökologischen Gerechtigkeit: Explorative Vorbereitungsstudie Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamtes Forschungskennzahl*. Dessau: UBA.
- 7) Bolte G., Bunge C., Hornberg C., Köckler H., Mielck A. 2012. Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Eine Einführung in die Thematik und Zielsetzung dieses Buches. In: G. Bolte, C. Bunge, C. Hornberg, H. Köckler, A. Mielck (Hrsg.). *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Huber, 15–37.
- 8) Bolte, G., Bunge, C., Hornberg, C., Koeckler, H. 2018. Umweltgerechtigkeit als Ansatz zur Verringerung sozialer Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit. *Bundesgesundheitsblatt* 61/6, 674–683.
- 9) BMU, UBA 2019. *Umweltbewusstsein in Deutschland 2018*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

- 10) Bruderer Enzler, H., Diekmann, A. 2019. All talk and no action? An analysis of environmental concern, income and greenhouse gas emissions in Switzerland. *Energy Research & Social Science* 51, S. 12–19.
- 11) Bunge, C. 2008. Umweltgerechtigkeit – Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Empirische Befunde und zukünftige Herausforderungen. *UmweltMedizinischerInformationsDienst*. 1/2008, 5–9.
- 12) Bunge, C., Hornberg, C., Pauli, A. 2011. Auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit – Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis. *UmweltMedizinischerInformationsDienst*. 2/2011, 9–18.
- 13) Castel, R. 2000. *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- 14) Castel, R./Dörre, K., Hg. 2009. *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.
- 15) Clark, L., Dylan, D., Millet, B. 2014. Julian D. Marshall National Patterns in Environmental Injustice and Inequality: Outdoor NO<sub>2</sub> Air Pollution in the United States. *PLOS ONE*. DOI: <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0094431>
- 16) Diekmann, A., Meyer, R. 2010. Demokratischer Smog? Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Sozialschicht und Umweltbelastungen. *Köln Z Soziol* (2010) 62: 437–457.
- 17) Eichenauer, E., F. Reusswig, L. Meyer-Ohlendorf, W. Lass. 2018. Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: *Bausteine der Energiewende*. Herausgegeben von O. Kühne, F. Weber. Wiesbaden: Springer. 633–651.
- 18) Entzian, A. 2016. *Denn sie tun nicht, was sie wissen. Eine Studie zu ökologischem Bewusstsein und Handeln*. München: oekom.
- 19) Eversberg, D. 2018. Innerimperiale Kämpfe: Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissen-schaft* 48/190: 43–54.

- 20) Eversberg, D. 2020. *Bioökonomie als Einsatz polarisierter sozialer Konflikte? Zur Verteilung sozial-ökologischer Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung 2018 und möglichen Unterstützungs- und Widerstandspotentialen gegenüber bio-basierten Transformationen*. Jena (Mentalitäten im Fluss (flumen), 1). [http://www.flumen.uni-jena.de/wp-content/uploads/2020/09/Working-Paper-Nr.-1-flumen\\_Eversberg\\_Bio%C3%B6konomie-als-Einsatz-polarisierter-sozialer-Konflikte.pdf](http://www.flumen.uni-jena.de/wp-content/uploads/2020/09/Working-Paper-Nr.-1-flumen_Eversberg_Bio%C3%B6konomie-als-Einsatz-polarisierter-sozialer-Konflikte.pdf) (abgerufen am 21.01.2022).
- 21) Fecht D., Fischer, P., Fortunato, L., Hoek, G., de Hoogh, K., Marra, M., Kruize, H., Vienneau, D., Beelen R., Hansell A. 2015. Associations between air pollution and socioeconomic characteristics, ethnicity and age profile of neighbourhoods in England and the Netherlands. *Environ Pollut*, 98: 201–210.
- 22) Forchtner, B., C. Kølvrå. 2015. The Nature of Nationalism: Populist Radical Right Parties on Countryside and Climate. *Nature and Culture* 10/2: 199–224.
- 23) Gellrich, A. 2021. *25 Jahre Umweltbewusstseinsforschung im Umweltressort. Langfristige Entwicklungen und aktuelle Ergebnisse*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- 24) George, S. 2021. Klimagerechte Mobilität und die soziale Frage. *WZB Mitteilungen*, Heft 174, 32–34 .
- 25) Heindl, P. 2014. *Ökonomische Aspekte der Lastenverteilung in der Umweltpolitik am Beispiel der Energiewende Ein Beitrag zum interdisziplinären Dialog*. ZEW Discussion. Paper No. 14-061.
- 26) Heinrich, J., Mielck, A., Schäfer, I., Mey, W. 1998. *Soziale Ungleichheit und umweltbedingte Erkrankungen in Deutschland. Empirische Ergebnisse und Handlungsansätze*. München: ecomed.
- 27) Humpert, F., Kadelke, P., Möstl, C., Schad, M., Sommer, B. 2021. *Auf Kosten des Volkes. Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt*. <https://www.uni-flensburg.de/fileadmin/content/zentren/nec/dokumente/projekte/210625-aufkostendesvolkes-komplett-ansichtsdatei-doppelseiten.pdf> (abgerufen 12.01.2022).
- 28) Inglehart, R. F., P. Norris. 2016. *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash*. Cambridge, MA: Working Paper, Harvard Kennedy School.

- 29) Jacob, K., S. Schaller, A. Carius. 2020. Populismus und Klimapolitik in Europa. In: *Die Europawahl 2019: Ringen um die Zukunft Europas*. Herausgegeben von M. Kaeding, M. Müller, J. Schmälter. Wiesbaden: Springer. 301–314.
- 30) Jorgensen, A. K. 2015. Inequality and the carbon intensity of human well-being. *Journal of Environmental Studies and Sciences*, September 2015, Volume 5, Issue 3, 277–282.
- 31) Kleinhüchelkotten, S., Neitzke, H.-P., Moser, S. 2016. *Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland* (nach Bevölkerungsgruppen). Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- 32) Kraemer, K. 2008. *Die soziale Konstitution der Umwelt*. Wiesbaden: VS Verlag.
- 33) Laußmann, D., Haftenberger, M., Lampert, T, Scheidt-Nave, C. 2013. Soziale Ungleichheit von Lärmbelastung und Straßenverkehrsbelastung. *Bundesgesundheitsblatt*. 2013/56, 822–831.
- 34) Lockwood, M. 2018. Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages. *Environmental Politics* 27/4: 712–732.
- 35) Malm, A., Zetkin Collective. 2021. *White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Fascism*. London, New York: Verso.
- 36) Malm, A. 2020. *Corona, Climate, Chronic Emergency*. London/New York: Verso.
- 37) McCright, A. M., R. E. Dunlap, S. T. Marquart-Pyatt. 2016. Political ideology and views about climate change in the European Union. *Environmental Politics* 25/2: 338–358.
- 38) Mielck, A., Heinrich, J. 2002. Soziale Ungleichheit und die Verteilung umweltbezogener Expositionen (Environmental Justice). *Gesundheitswesen* 64(7): 405–416.
- 39) Mudde, C., C. Rovira Kaltwasser. 2019. *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- 40) Nässén, J., Andersson, D., Larsson, J., Holmberg, J. 2015. Explaining the Variation in Greenhouse Gas Emissions Between Households: Socioeconomic, Motivational, and Physical Factors. *Journal of Industrial Ecology* 19 (3), 480–489.
- 41) Niedermayer, O. 2020. Konkurrenz am rechten Rand: Die Etablierung der AfD im Parteiensystem. In: *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017*. Herausgegeben von U. Jun, O. Nieder-mayer. Wiesbaden: Springer.

- 42) Oxfam (2020): *Confronting Carbon Inequality. Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery*.  
<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf> (abgerufen am 21.01.2022).
- 43) Padilla, C., Kihal-Talantikite, W., Vieira, V., Rossello P., Le Nir, G., Zmirou-Navier, D., Deguen, S. 2014. Air quality and social deprivation in four French metropolitan areas—a localized spatio-temporal environmental inequality analysis. *Environ Res.* 2014/134, 315–324.
- 44) Piketty, T. 2016. *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München C.H. Beck.
- 45) Raddatz, L., Mennis, J. 2013. Environmental Justice in Hamburg, Germany. *The Professional Geographer*, 65:3, 495–511.
- 46) Radtke, J., W. Canzler, M. A. Schreurs, S. Wurster. 2019b. Energiewende in Zeiten populistischer Bewegungen – Einleitende Bemerkungen. In: *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Herausgegeben von J. Radtke, W. Canzler, M. A. Schreurs, S. Wurster. Wiesbaden: Springer. 3–30.
- 47) Reusswig, F., W. Lass, S. Bock. 2020. Abschied vom NIMBY. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33/1: 140–160.
- 48) Schad, M. 2017. Über Luxus und Verzicht: Umweltaffinität und umweltrelevante Alltagspraxis in prekären Lebenslagen. Dissertation. Band 6: oekom.
- 49) Seiwert, M., Becker, K., Conrad, A., Hünken, A., Schulz, C., Kolossa-Gehring, M. 2008. Schadstoffbelastung und Sozialstatus – Ausgewählte Ergebnisse aus den Umwelt-Surveys. UmweltMedizinischerInformationsDienst. 1/2008, 10–13.
- 50) Selk, V., Kemmerzell, J., Radtke, J. 2019. In der Demokratiefalle? Probleme der Energiewende zwischen Expertokratie, partizipativer Governance und populistischer Reaktion. In: *Energie-wende in Zeiten des Populismus*. Herausgegeben von J. Radtke, W. Canzler, M. A. Schreurs, S. Wurster. Wiesbaden: Springer. 31–66.
- 51) Sommer, B., Schad, M., Möstl, C., Humpert, F., Kadelke, P. 2021. Rechtspopulismus als Desiderat der sozial-ökologischen Transformationsforschung. 2021. *GAIA* 30 (1): 62–64.

- 52) Sommer, B., Schad, M., Humpert, F., Kadelke, P., Möstl, C. (im Erscheinen).  
*Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen. Einstellungen. Erklärungsansätze.*  
München oekom.
- 53) WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen. 2011. Welt im Wandel.  
Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU.
- 54) Wilkinson, R., Pickett, K. 2009. *The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone.*  
London/New York: Penguin.
- 55) Wisner, B, Blaikie, P, Cannon T, Davis I. 2005. *At Risk: Natural Hazards, People's  
Vulnerability and Disasters.* London: Routledge.

## **Verzeichnis der Anlagen**

Anlage 1: Druckfahnen des Manuskripts der Monographie *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen. Einstellungen. Erklärungsansätze* (München: oekom)

Anlage 2: Druckfahnen der Handreichung *Auf Kosten des Volkes. Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt*

Anlage 3: Druckfahnen des Beitrags „Rechtspopulismus als Desiderat der sozial-ökologischen Transformationsforschung“. In: *GAIA* 30 (1), 62-64

Anlage 4: Pressespiegel – Berichterstattung zum PONN-Projekt

Anlage 5: Programm Validierungsworkshop (30.03.2021)

### III. Berichtsblatt (Kurzfassung dt.)

1. ISBN oder ISSN	2. Berichtsart (Schlussbericht oder Veröffentlichung) Schlussbericht
3. Titel Schlussbericht für das Verbundprojekt „Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN): National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation“	
4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)] Franziska Humpert, Philipp Kadelke, Christian Möstl, Miriam Schad und Bernd Sommer	5. Abschlussdatum des Vorhabens 31.7.2021
	6. Veröffentlichungsdatum
	7. Form der Publikation Schlussbericht
8. Durchführende Institution(en) (Name, Adresse) Bernd Sommer (Verbundkoordination) Norbert Elias Center (NEC) Europa-Universität Flensburg Auf dem Campus 1 24943 Flensburg Tel.: 0461/805-2239 E-Mail: bernd.sommer@uni-flensburg.de	9. Ber. Nr. Durchführende Institution
Miriam Schad Fakultät 17: Sozialwissenschaften Technische Universität Dortmund Emil-Figge-Str. 50 44227 Dortmund Telefon: 0231.755.7132 E-Mail: Miriam.Schad@tu-dortmund.de	10. Förderkennzeichen *) 01UV2071 A+B
	11. Seitenzahl 65
12. Fördernde Institution (Name, Adresse) <b>Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)</b> 53170 Bonn	13. Literaturangaben 58
	14. Tabellen 6
	15. Abbildungen 13
16. Zusätzliche Angaben	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Projekträger   Umwelt und Nachhaltigkeit   Sozial-ökologische Forschung (SÖF) Heinrich-Konen-Str. 1   53227 Bonn 28.01.2022	
18. Kurzfassung Vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozial-ökologischer Krisen und Konflikte – wie der Klimakrise und dem drastisch voranschreitenden Verlust an Biodiversität – wird die Umsetzung nachhaltiger Politiken seitens weiter Teile der Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit gefordert. Dies betrifft u.a. die Etablierung nachhaltiger Mobilitätssysteme,	

Veränderungen im Agrar- und Wohnungssektor sowie die Transformation des Energiesystems. Die Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation sind aber abhängig von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die weit über ihr jeweiliges Themenfeld hinausreichen und dabei Erfolgchancen der politischen Verabschiedung und praktischen Umsetzung bestimmen. Im Rahmen des als Pilotstudie konzipierten Forschungsvorhabens „Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit“ (PONN) standen dabei zwei Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit im Fokus, zwischen denen ein Zusammenhang zu bestehen scheint: Das Erstarken national-autoritärer populistischer Kräfte sowie die Herausbildung neuer sozialer Disparitäten. Die Pilotstudie beleuchtete die Implikationen und Folgen dieser Entwicklungen für eine Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit.

In Anlehnung an Mudde und Rovira Kaltwasser ist in der Studie Populismus als „dünne Ideologie“ operationalisiert worden, die sich durch den postulierten Antagonismus von „korrupter Elite“ und „anständigem Volk“ auszeichnet. Beim Rechtspopulismus wird dieses Narrativ durch nationalistische und autoritäre Ideologien angereichert. Die ausgewertete Literatur zeigt, dass rechtspopulistische Kräfte in der Regel den menschengemachten Klimawandel infrage stellen und folgerichtig auch Klimaschutzpolitik sowie die deutsche Energiewende ablehnen. Klimawandel und Klimaschutz werden als Themen der Eliten dargestellt, die „auf Kosten des Volkes“ verfolgt würden. Das Kernnarrativ des Populismus ist in entsprechenden Positionen also klar identifizierbar. Naturschutz - wie der Schutz des „deutschen Waldes“ - wird dagegen aus strategischen oder nationalistischen Gründen unterstützt. Die in der wissenschaftlichen Literatur diskutierten Erklärungen für die rechtspopulistischen Positionen zu den Themen Klima und Umwelt stehen in Zusammenhang mit den Erklärungsansätzen, die allgemein zum rezenten Erstarken des Rechtspopulismus angeführt werden, wobei insbesondere ökonomischen und kulturellen Motiven eine große Bedeutung zugesprochen wird.

Die Auswertung von statistischen Repräsentativdaten (ESS, GESIS-Panel und SOEP) zeigt, dass sich die Einstellungen zu den Positionen im organisierten Rechtspopulismus z.T. deutlich unterscheiden. Die Mehrheit der Bevölkerung und auch ein Großteil von Personen mit rechtspopulistischen Einstellungen erkennt die Gefährdung durch den menschengemachten Klimawandel grundsätzlich an. Abgelehnt werden Maßnahmen des Klimaschutzes vor allem dann, wenn sie mit Kosten verbunden sind. Darüber hinaus zeigt sich, dass nationalistische Einstellungen stärker mit einer Ablehnung von Maßnahmen des Klima- und Umweltschutzes korrelieren als populistische Orientierungen.

Der Zusammenhang von sozialer Lage und umweltrelevantem Verhalten und Einstellungen ist in zahlreichen Studien beschrieben. So zeigt sich in der Regel, dass privilegierte soziale Gruppen - also Personen und Milieus mit einem hohen Einkommen und/oder Vermögen sowie formal hohen Bildungsabschlüssen - zwar in der Regel ein ausgeprägteres Umweltbewusstsein zeigen, dafür aber einen höheren Ressourcenverbrauch haben, da sie tendenziell in größeren Wohnungen wohnen, häufiger das Auto nutzen, mehr Flugreisen unternehmen etc. Umgekehrt ist in benachteiligten sozialen Gruppen das Umweltbewusstsein in der Regel geringer ausgeprägt, während - qua ökonomischer Limitationen - der Ressourcenverbrauch relativ gering ist.

Bezüglich neuer Formen der sozialen Ungleichheit - wie Prekariat - ist die Forschungslage noch sehr dünn. In den bestehenden Studien zeigt sich aber, dass Menschen in prekären Lagen nicht zwangsläufig auch eine geringere Umweltoffenheit zeigen. Die Umwelteinstellungen scheinen vielmehr Bestandteil eines breiteren Einstellungssyndroms zu sein und unter prekären Bedingungen werden ggf. die Handlungen angepasst, aber Zielen des Umwelt- und Klimaschutzes nicht grundsätzlich ablehnend begegnet.

Es ist davon auszugehen, dass das Erstarken des Rechtspopulismus und die Entstehung neuer sozialer Disparitäten auch für eine politisch verfolgte sozial-ökologische Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit nicht ohne Konsequenzen bleibt. Gleichzeitig werden in der Literatur auch vielfältige Vorschläge unterbreitet, wie beide Themen miteinander verknüpft werden können und auf den erstarkenden Rechtspopulismus mit einer Stärkung demokratischer Teilnehmungsformate reagiert wird. So verändern sich mit dem erstarkenden Rechtspopulismus und neuen sozialen Disparitäten zwar die Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation, sie lassen sie aber gleichwohl möglich erscheinen.

19. Schlagwörter

Rechtspopulismus, sozial-ökologische Transformation, Klimawandel, Klimaschutz, Klima- und Umweltpolitik

20. Verlag

21. Preis

#### IV. Document Control Sheet (Kurzfassung engl.)

1. ISBN or ISSN	2. type of document (e.g. report, publication) Report
3. title Final Report for the Pilot Study "Politics of Non-Sustainability" (PONN)	
4. author(s) (family name, first name(s)) Franziska Humpert, Philipp Kadelke, Christian Möstl, Miriam Schad und Bernd Sommer	5. end of project 31.7.2021
	6. publication date
	7. form of publication Final Report
8. performing organization(s) (name, address) Bernd Sommer (Verbundkoordination) Norbert Elias Center (NEC) Europa-Universität Flensburg Auf dem Campus 1 24943 Flensburg Tel.: 0461/805-2239 E-Mail: bernd.sommer@uni-flensburg.de  Miriam Schad Fakultät 17: Sozialwissenschaften Technische Universität Dortmund Emil-Figge-Str. 50 44227 Dortmund Telefon: 0231.755.7132 E-Mail: Miriam.Schad@tu-dortmund.de	9. originator's report no.
	10. reference no. 01UR1704 A+B
	11. no. of pages 65
12. sponsoring agency (name, address)  Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. no. of references 58
	14. no. of tables 6
	15. no. of figures 13
16. supplementary notes	
17. presented at (title, place, date) Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Projektträger   Umwelt und Nachhaltigkeit   Sozial-ökologische Forschung (SÖF) Heinrich-Konen-Str. 1   53227 Bonn 28.01.2022	
18. abstract Due to cumulating socio-ecological crises – such as the climate crisis or biodiversity loss – various actors from the field of politics, science, civil society, enterprises, etc. call for more sustainability in economy and society. However, such a transformation towards more ecological sustainability depends on political and societal framework conditions that are not only directly related to environmental policies. Against this background, the pilot study "Politics of Non-Sustainability" (PONN) asks what rising right-wing populism and new forms of social inequality mean for the political goal of a societal transformation towards sustainability.	

Drawing on Mudde and Rovira Kaltwasser populism is conceptualised as a “thin ideology” that is characterised by the antagonism between an allegedly “corrupt elite” and “the (decent) people”. Right-wing populists add elements of a nationalism and authoritarianism to this narrative. The reviewed literature shows that right-wing populists regularly deny anthropogenic climate change and dismiss climate change mitigation policies. Climate change and climate change mitigation are seen as “elitist” projects that are pursued “on the expense of the people”. Thus, the core narrative of populism can be clearly identified in this type of argument.

A secondary analysis of representative data (ESS, GESIS-Panel und SOEP) shows that attitudes within the German population differ from these positions within the field of organised right-wing populism. Most people as well as a majority of persons with right-wing populist attitudes acknowledge anthropogenic climate change. Climate change mitigation efforts are more likely to be rejected when associated with economic costs. Additionally, the rejection of climate change mitigation policies rather correlates with nationalist than populist attitudes.

The relationship between social status and environmental attitudes and behaviour is well researched. Grosso modo privileged groups show more environmental concern but also a higher impact on the environment. This is because persons from privileged groups typically live in bigger flats, drive more (often) car, travel more etc. On the other hand, individuals from disadvantaged groups show typically less pro-environmental attitudes but show a smaller ecological footprint (due to their limited resources). Research on the relationship between new forms of social inequality – such as social precarity – and environmental behaviour and attitudes is relatively new. Studies however suggest that a precarious situation does not necessarily lead to the rejection of climate and environmental policies.

Increasing right-wing populism as well as new forms of social inequality re-define the framework conditions for a socio-ecological transformation. However, various political and academic proposals do exist how both developments can be addressed simultaneously within in the context of a societal transformation towards sustainability.

19. keywords

Right-wing populism, Socio-ecological Transformation, Climate Change, Climate- & Environmental Policies

20. publisher

21. price